



REGULIEREN STATT KRIMINALISIEREN

- » Modestadt Berlin
- » Wo bitte geht's zum WLAN?
- » Haushalt und Länderfinanzausgleich
- » Frauenquote in Landesunternehmen

STACHILIGE GRÜNE
ARGUMENTE

Inhalt

DROGENPOLITIK

- Editorial 3
- Legalize it? Der lange Weg zu einer Drogenpolitik ohne Repression gegen KonsumentInnen 7
- Friedrichshain-Kreuzberg geht neue Wege: Der Drogenkriminalität den Boden entziehen 8

AKTUELLES

- Modisch grün: Chic, ökologisch, fair hergestellt und gehandelt – das passt sehr gut zusammen. 10
- Frauen in Führungspositionen: Macht ein Quötchen einen Sommer? 12
- Bundes-Immobilien in Berlin: Finanzministerium setzt auf Profit, gegen die soziale Stadtentwicklung . . 14
- RassistInnen gegen die Integration: Berlin hat keinen Platz für die BärGida 16
- Senat verschläft Zukunftsthema: WLAN für Berlin . . . 18
- Freifunk als Alternative: Digitale Nachbarschaftshilfe 19
- Zoo und Tierpark: Nur wenn sich die Tiere wohl fühlen, kommen auch die BesucherInnen 20
- Rekordüberschuss 2014: Haushaltspolitik im Umbruch 22
- Neuordnung Länderfinanzausgleich: Wichtige Weichenstellung für die Zukunft 23
- Ökologisches aus der Region: Chancengleichheit gibt es für Bio-Landwirte noch lange nicht 25
- Kongress-Stadt? Berlins Raumschiff ICC treibt orientierungslos und leer im Nichts. 26

AUS FRAGEN UND KWEN

- Der grüne Weg zur Wahl 2016: Aus vielen Ideen wird ein Programm 28
- Brüssel näher an die Basis: Sind wir (k)eine Europapartei? 29
- Der steinige Weg zum Millieuschutz in Neukölln 30

AUS DER FRAKTION

- Kitausbau in Berlin: Senatorin ohne Plan. 30
- Dauer-Ärgernis BER: Wenig Neues von Mehdorn & Co. 31
- Karneval der Kulturen: Gerade noch einmal gut gegangen. 32
- Jugendberufsagentur für Berlin Nach dem Schulabschluss – was dann? 32
- Sanierung immer teurer: Drama Staatsoper. 33
- Nachruf Phil Hill 33

RUBRIKEN

- Lokale AnsprechpartnerInnen. 34
- Impressum 34
- Grünes Glossar. 34
- Inhaltliche AnsprechpartnerInnen. 35
- Termine 35



Ruhig sieht der Görlitzer Park von oben betrachtet aus, doch er gilt als einer der größten Drogenumschlagplätze Berlins.
Foto: Boris Niehaus/CC BY SA 3.0

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Rufe nach einem grundlegenden Kurswechsel in der Drogenpolitik werden immer lauter. Bei Cannabis zum Beispiel ist die Strategie „verbieten und ansonsten wegschauen“ offensichtlich gescheitert. Das sehen auch immer mehr PolizistInnen und StrafrechtlerInnen so. Die Polizei wird gezwungen, den Besitz auch kleinerer Mengen Cannabis zu verfolgen, statt sich mit ganzer Kraft auf die organisierte Drogenkriminalität zu konzentrieren. Dieses Dilemma zeigt sich auch im Görlitzer Park, wo der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg versucht, neue Wege zu gehen. Wir gehen in dieser Ausgabe auf diese neuen Wege ein und beschreiben, wie ein anderer Umgang mit Cannabis aussehen könnte. Es geht um regulieren statt kriminalisieren.

Was noch? Wir beschäftigen uns mit Berliner Problemen – vom Landeshaushalt über Mietentwicklung bis zu Pegida – aber auch mit Berliner Chancen, etwa der „Modestadt“ Berlin und den Perspektiven für ein offenes WLAN. Und zum Internationalen Frauentag am 8. März werfen wir einen kritischen Blick auf die Frage nach Frauen in Führungspositionen landeseigener Unternehmen.

Diese und weitere Themen erwarten Euch auf den folgenden Seiten. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Die Redaktion

In eigener Sache:

Im Dezember vergangenen Jahres hat der Landesauschuss eine neue Redaktion für die Stachligen Grünen Argumente gewählt. Die neue Redaktion besteht aus vier Menschen: Annette Heppel, Annemarie Klimke, Detlef Fritz und Matthias Tang, die sich allesamt über Anregungen, Anmerkungen und Kritik freuen:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de

Auf dem Weg zum regulierten Markt

Etliche zehntausend Menschen nahmen an den alljährlichen „Hanfparaden“ in Berlin teil, unzählige BesucherInnen informierten sich im Hanf-Museum: Hanf ist nicht das Giftgewächs, aus dem die „Teufelsdroge Haschisch“ gewonnen wird, sondern eine nützliche Pflanze, deren Stoffe auch in der Medizin Verwendung finden. Dennoch: Von einer „Freigabe des Hanf“, wie sie die DemonstrantInnen der Hanfparaden fordern, wollte der Bundestag bisher nichts wissen, die Politik setzte – abgesehen von einigen Erleichterungen für die KonsumentInnen – auf die Kriminalisierung von Anbau, Vertrieb, Besitz. Kommt jetzt mit der neuen Gesetzesinitiative der Grünen im Bundestag der große Durchbruch? Eine „Freigabe“, bei der jeder anbauen und vertreiben kann, was ihm so gefällt, kommt sicher nicht. Das ist auch von Grünen nicht gewollt. Aber die Entwicklung zu einem „regulierten Markt“ mit einem entkriminalisierten Konsum macht einen Schritt nach dem anderen voran.

Medizinisches Marihuana ist in Deutschland inzwischen – wenn auch schwer – zu bekommen.
Foto: Atomazul/shutterstock.com



Legalize it? Regulierter Markt!

Der lange Weg zu einer Drogenpolitik ohne Repression gegen KonsumentInnen

Ein Youtube-Video mit dem grünen Parteivorsitzenden Cem Özdemir neben einer Hanfpflanze erregte die Öffentlichkeit: Die Staatsanwaltschaft ermittelte wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz, die grüne Bundestagsfraktion bereitet einen Gesetzesentwurf vor, der eine straffreie Abgabe von Haschisch und Marihuana sowie den legalen Besitz von Cannabis vorsieht. Eine der ältesten Forderungen in der Geschichte der Grünen steht wieder oben auf der Tagesordnung. Tibor Harrach, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Drogenpolitik im Berliner Landesverband ist überzeugt: Die Entwicklung zu einer Drogenpolitik ohne Repression gegen KonsumentInnen ist nicht aufzuhalten.

Des Kiffers Traum: Für die gute Stimmung beim Treffen mit den FreundInnen geht es zum Einkauf in das Cannabis-Fachgeschäft. Da sind die Portionen sauber abgepackt, die Packungen mit verlässlichen Daten zu Gewicht und Wirkstoff versehen, verweisen zusätzliche Angaben auf biologischen Anbau, die Preise stehen fest. Handel und Konsum von Cannabis sind legal.

Wären Anbau, Handel und Besitz von Cannabis damit wirklich „frei“? Das sollte es nach Ansicht grüner DrogenpolitikerInnen nicht sein. Denn nicht jeder darf bei Umsetzung grüner Forderungen Hanf anbauen und verkaufen, wie es ihm gefällt: Dafür braucht es eine Lizenz, die Behörden achten auf die Einhaltung von Reinheitsregeln und anderen Vorschriften. Bei Zweifeln über das Alter sehen sich die VerkäuferInnen im Fachhandel die Ausweise ihrer KundInnen an: Die Abgabe an Jugendliche bleibt verboten. Mitunter wird das geschulte Personal mit dem Kunden, der Kundin auch ein motivierendes Gespräch führen, empfehlen, statt jetzt einzukaufen lieber eine Suchtberatung aufzusuchen.

Berlin hinkt der Entwicklung hinterher

Tibor Harrach: „Die große Mehrheit der KonsumentInnen sieht sich nicht als suchtgefährdet, hat beim Einkauf keine Lust auf Prävention. Um aber den kleinen Anteil von ProblemkonsumentInnen möglichst früh zu

erreichen, sind solche Angebote notwendig. Dafür muss man um Akzeptanz werben, dabei das durch die jahrzehntelange staatliche Kriminalisierung und pauschale Pathologisierung verspielte Vertrauen der KonsumentInnen zurückgewinnen.“

So unproblematisch, wie es manche Freigabe-BefürworterInnen sehen, ist der regelmäßige Genuss von Haschisch und Marihuana, den so genannten „weichen Drogen“, nämlich auch nicht. Fünf bis zehn Prozent der KonsumentInnen, so die Schätzungen, entwickeln entgegen aller Harmlosigkeitsbetuerungen ein problematisches Verhalten. Tibor Harrach, von Beruf Pharmazeut: „Die schöne heile Kifferwelt ist ein Klischee.“ Das Schlüsselwort einer auf Repressionsfreiheit setzenden Drogenpolitik, meint Harrach, lautet deshalb nicht „Legalisierung“, sondern „Regulierung“. Nur ein regulierter Vertrieb ließe sich enger mit Prävention und Frühintervention, die als tragende Säule einer modernen Drogenpolitik ausgebaut werden muss, verknüpfen.

Aber auf dem Weg zu diesem „regulierten Markt“ bewegte sich die Politik nur schwerfällig, wurde die Verantwortung von der Kommune auf das Bundesland, vom Land auf den Bund geschoben, verwies der Bund auf internationale Verträge, die den Kampf gegen Drogen aller Art zwingend vorschrieben. Harrach: „In der Drogenpolitik geht es zu wie auf einem Verschiebebahnhof.“ Wenn es

Fortschritte in Richtung Repressionsfreiheit gab, war das meist einem Gerichtsurteil zu verdanken, nie dem Bund, mitunter einer mutigen kommunal- oder landespolitischen Entscheidung. Da, zieht Harrach Bilanz, waren es Frankfurt, Hessen, Nordrhein-Westfalen, die Vorreiterrollen übernahmen – während Berlin allenfalls hinterher hinkte.

Dennoch: Mit dem Aufkommen von AIDS in den 1980er Jahren, den Todesraten insbesondere unter den heroinsüchtigen Infizierten, war klar, dass die vor allem auf Repression setzende Drogenpolitik gescheitert war. Da waren die Abgabe von sauberen Spritzen, die Einrichtung von Druckräumen ein gesundheitspolitisches Gebot. Zudem erkannte die Wissenschaft die therapierende Wirkung von Cannabis, wurden die ersten auf Cannabis beruhenden Medikamente zugelassen.

Nur kleine Schritte schaffen Akzeptanz

Von etlichen Berliner Hanf-Paraden weiß der Sprecher der LAG Drogenpolitik: Ein Großteil der „Freizeit-KifferInnen“ sieht seine Interessen durch diese kleinen, gesundheitspolitisch begründeten Schritte nicht vertreten. Diese Freizeit-KifferInnen, StudentInnen, „normale“ Berufstätige, wollen Cannabis nicht als Medizin sondern als Genussmittel, proklamieren das „Recht auf Rausch“, das der Staat ihnen nicht nehmen dürfe – also so, wie es dem Weinliebhaber erlaubt ist, sich gelegentlich

„Hauptstadt“ des Cannabis

In Berlin gibt es, so eine Studie, deutlich mehr Cannabis-KonsumentInnen als in anderen Bundesländern. 69 Prozent aller BerlinerInnen im Alter zwischen 16 und 27 haben

zumindest einmal Haschisch oder Marihuana genommen und ein Drittel dieser KonsumentInnen greift mehrmals die Woche oder sogar täglich zum Joint. Bei jedem achten Cannabis-Nutzer wurde dabei ein „problematischer Suchtmittelkonsum“ festgestellt.

einen Schwips anzutrinken, vorausgesetzt, er setzt sich dann nicht ans Steuer. Denen hält der LAG-Sprecher entgegen: Vor allem durch diese Schritte schafft man in der Bevölkerungsmehrheit überhaupt die Akzeptanz für eine andere Drogenpolitik.

Aber haben nicht auch die Freizeit-KifferInnen von der „Liberalisierung“ der letzten Jahrzehnte profitiert? Ist der Konsum nicht legal, darf man Haschisch nicht in „kleinen Mengen“, in Berlin bis 15 Gramm, besitzen? Dieses Bild vom Stand der Drogenpolitik ist genau so ein Trugbild wie die Vorstellung vom gänzlich problemfreien Cannabis-Konsum. Tatsache ist: der Ha-

schisch-Konsum ist zwar nicht strafbar, aber für den Konsum muss man es besitzen. Und der Besitz auch kleiner Mengen ist alles andere als legal. Ein Strafverfahren eröffnet die Staatsanwaltschaft in Berlin zwar erst ab 15 Gramm, aber die Polizei beschlagnahmt auch die geringere Menge, legt eine Akte an, der Führerschein ist oft verloren, selbst, wenn man nie unter Drogeneinfluss Auto fuhr.

Wie also kann es weitergehen? So etwa könnte nach Meinung von Tibor Harrach Berlin die Initiative ergreifen: Das Land beschließt, dass in kontrollierten Coffeeshops an registrierte Kunden Cannabis abgegeben

wird, die Ergebnisse für die Gesundheitspolitik wissenschaftlich ausgewertet werden.

Die KundInnen eines solchen Coffeshops wären dann die TeilnehmerInnen an einer Studie – ganz legal im Besitz ihres Cannabis. Doch um ihren Führerschein müssten sie vermutlich dennoch fürchten, womöglich weitere Nachteile in Kauf nehmen. Für diejenigen, die sich selbst als Freizeit-KifferInnen sehen, ihr „Recht auf Rausch“ verlangen, ist das noch lange nicht das, was sie wollen. Aber auf dem Weg zu einer wirklich repressionsfreien Drogenpolitik sind eben noch etliche Hürden zu nehmen.

D. FRITZ



Cem Özdemir und die Vorsitzende der Hamburger Grünen Katharina Fegebank setzen ein Zeichen gegen das Cannabisverbot.
Foto: Grüne HH

Friedrichshain-Kreuzberg geht neue Wege in der Drogenpolitik

Der Drogenkriminalität den Boden entziehen

November 2014: In einer Bar in der Skalitzer Straße kommt es zum Streit, zwei Jugendliche werden niedergestochen. Bundesweit sorgte dieser Vorfall für Aufsehen, nicht zuletzt angeheizt von Bild und BZ. Die Schlagzeilen sind verschwunden, die Probleme sind geblieben. Und der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg muss sich wieder allein um die hohe Kriminalitätsrate rund um den Görlitzer Park kümmern.

Für viele AnwohnerInnen ist der Besuch im Park kein Vergnügen mehr, muss man sich doch häufig durch eine ganze Schar von DealerInnen „hindurch kämpfen“. Innensenator Henkel hat zwar auch erkannt, dass in der Rauschgiftkriminalität einer der Gründe für die schwierige Situation am und im Görlitzer Park liegt. Doch Henkel bietet nur Scheinlösungen.

Henkels Scheinlösung

Der Innensenator will in bestimmten Gegenden der Stadt, etwa rund um den Görli, den Besitz von Cannabis schon ab dem ersten Gramm verfolgen. In Berlin ist es bisher üblich, den Besitz von bis zu 15 Gramm nicht strafrechtlich zu verfolgen. Benedikt Lux, Sprecher für Innenpolitik der Grünen im Abgeordnetenhaus, hält diese „schwarze Null“ für nichts weiter als „ein billiges Placebo“. Der Handel auch von Kleinstmengen Cannabis sei auch vor Henkels Vorschlag strafbar gewesen und der mehrmalige Besitz von Cannabis falle nicht unter die Straffreiheit des Eigenbedarfs. „Henkels Vorschlag ist zur Bekämpfung der aggressiven Dealerei am Görli überflüssig. Leidtragende sind harmlose KifferInnen, die abends mal einen Joint rauchen, sowie Polizei, Staatsanwaltschaft und die Strafgerichte, die das jetzt mehr denn je verfolgen müssen. Viel



Schreibarbeit, hohe Aktenberge statt Konzentration auf schwerwiegende Kriminalität“, sagt Lux.

Um die Probleme wirksam anzugehen, hält er es für entscheidend, sich auf die Begleit- und Folgekriminalität des aggressiven Drogenhandels zu konzentrieren: „Hier muss man ein klares Stopp-Schild setzen: Teils durch soziale Arbeit – es ist ja ein Dilemma, dass der Senat bis heute kein StreetworkerInnen-Projekt für den Park genehmigen will, damit den DealerInnen deutlich wird, dass sie sich selbst und vielen anderen schaden. Teils auch durch mehr Polizeipräsenz, die

kurzfristig die Spitze des Eisbergs verdrängen kann und muss.“

Darüber hinaus kann die legale Abgabe von Cannabis dazu beitragen, dem illegalen Drogenhandel den Boden zu entziehen – eine Erkenntnis, die sich auch bei Polizei und StrafrechtlerInnen immer weiter durchsetzt. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg will es nicht bei dieser theoretischen Erkenntnis belassen. Die Bezirksverordnetenversammlung hat im November 2013 das Bezirksamt damit beauftragt, „gemeinsam mit ExpertenInnen, Beratungsstellen und AnwohnerInnen die nötigen

Mehr Jugendschutz bei Cannabis durch kontrollierte Abgabe – in den Niederlanden in „Coffee-Shops“. Foto: Bachrach44/wikimedia

Schritte einzuleiten, um durch eine kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in lizenzierten Abgabestelle(n) am Görlitzer Park den negativen Auswirkungen der Prohibition und des dadurch entstehenden Schwarzmarktes entgegen zu treten.“

Modellprojekt

Seither ist viel geschehen. Der Bezirk ist dabei, einen Antrag für ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis zu erarbeiten. Das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) sieht vor, dass für wissenschaftliche Zwecke oder für im öffentlichen Inter-

esse liegende Fragen eine Ausnahme vom Verbot des Handels mit illegalen Drogen möglich ist. „Das öffentliche Interesse an unserem Modellprojekt Coffee-Shop in Friedrichshain-Kreuzberg ist enorm“, sagt die grüne Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann. „Nachdem wir im Herbst eine Reihe von öffentlichen Fachgesprächen mit JuristInnen, MitarbeiterInnen von Verbänden, Selbsthilfegruppen und Präventionseinrichtungen hatten, müssen nun die Erfahrungen und Ziele durch eine Fachgruppe im Bezirk definiert werden.“

Der Antrag selbst, der beim Bundesamt für Arzneimittel und Medizinprodukte eingereicht werden muss, soll von externen JuristInnen formuliert werden, um rechtliche Fehler von vornherein zu vermeiden. Darüber hinaus wird ein Kooperationspartner gesucht, der das Modellprojekt wissenschaftlich begleitet. Realistisch für die Antragstellung ist ein Zeitpunkt im zweiten Quartal 2015.

Wenn das Projekt bewilligt wird, dann soll es voraussichtlich mehrere Abgabestellen geben. Monika Herrmann: „Ein Coffee-Shop in der Nähe des Görlitzer Parks kann nicht die Lösung für das Problem des illegalen Drogenhandels sein. Tatsächlich brauchen wir mehrere Standorte. Optimal wäre es, wenn benachbarte Bezirke unseren Vorstoß unterstützen und ebenfalls legale Abgabestellen installieren.“

Wer am Modellprojekt teilnehmen will, muss sich vorher befristet registrieren. Das Mindestalter für die Teilnahme wird nicht unter 18 Jahren liegen. In den Abgabestellen können die Teilnehmenden Cannabis in verbindlichen Höchstmengen von zertifizierten Anbietern erhalten. Der Preis wird so

gestaltet, dass sich ein (illegaler) Weiterverkauf nicht lohnt.

Das Modellprojekt soll durch Präventions- und Hilfsmaßnahmen begleitet werden. Im Fokus stehen dabei die Risiken des Cannabiskonsums für die Gesundheit junger Menschen. Der Bezirk setzt auf ein integriertes Konzept, das nicht zwischen „illegalen“ und „legalen“ Drogen unterscheidet, sondern den Konsum von einer Reihe von Drogen stärker reguliert. „Regulierung“ ist dabei nicht gleichzusetzen mit „Legalisierung“.

Jugendschutz und Prävention

Es geht darum, junge Menschen und Erwachsene aufzuklären, von ungesundem und schädlichem Drogenkonsum abzuhalten oder zumindest zu einem risikobewussten Umgang damit zu befähigen. Denn den Drogenkonsum lediglich zu verbieten und ansonsten auf die Strategie des „nichts sehen – nichts hören – nichts sagen“ zu setzen, ist nicht nur wirkungslos, sondern jugendgefährdend.

Ein Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis allein wird die Probleme am Görlitzer Park nicht lösen, das weiß auch Monika Herrmann: „Die Drogenkriminalität am Görli bis hin zum RAW-Gelände können wir als Bezirk im Alleingang gar nicht bewältigen. Da überschätzen alle die Kompetenzen einer lokalen Verwaltung bei weitem, auch wenn wir gerne an unserem Konzept der interkulturellen Sozialarbeit im Park festhalten würden. Deswegen ist es richtig, mit AnwohnerInnen und Gewerbetreibenden vor Ort zu sprechen – wie auch mit der Polizei. Ohne gemeinsames Handeln werden wir keinen Schritt vorwärts kommen.“

MATTHIAS TANG

Auch die Hamburger Grünen wollen ein Modellprojekt, das die regulierte Cannabisabgabe an Erwachsene testen soll. Die Hamburger Parteivorsitzende Katharina Fegebank hat angekündigt, demnächst einen Antrag zur Schaffung eines Cannabis-Modellprojekts in der Bürgerschaft einzureichen. Die Hamburger SPD steht einer Regulierung auch skeptisch gegenüber.

In Frankfurt/Main haben die Pläne für ein Coffeeshop-Modellprojekt mit der klaren Absage der CDU-Fraktion einen herben Dämpfer erhalten. Auch in Bremen sind SPD und CDU gegen einen Modellversuch.

Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern planen für 2015 eine parlamentarische Initiative, die eine regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene unter strengen Auflagen beim Jugendschutz vorsieht.

Modisch grün

Chic, ökologisch, fair hergestellt und gehandelt – das passt sehr gut zusammen

Nicht nur die zwei Fashion Weeks im Jahr belegen es: Berlin hat sich zur Fashion- und Stylemetropole entwickelt. Aus grüner Sicht ein Wermutstropfen: Fairtrade sowie ökologische Nachhaltigkeit werden in großen Teilen der Modeindustrie nach wie vor klein geschrieben. Das wirft auch einen Schatten auf Veranstaltungen wie die Fashion Week. Aber kann denn ökologisch und sozial produzierte Mode, eine Mode ohne aus Tierquälerei gewonnenen Pelzen und Fellen überhaupt chic sein? Die Antwort darauf gab es auf der Ethical Fashion Show.

Vom 19. bis 23. Januar präsentierte die Fashion Week in Berlin wieder einmal die sogenannten Trends von morgen. Diese wurden vor allem in Form von bunten Kleidern auf den Laufstegen gezeigt. Dazu wie auf allen großen internationalen Modeschauen ein Dauerbrenner: Pelz. Für die kritischen BesucherInnen stellte sich da allerdings die Frage: Ist das, was man hier sieht, auch ökologisch nachhaltig hergestellt, wird es fair produziert und gehandelt? Umgekehrt konnten sich viele AusstellerInnen und BesucherInnen der Fashion Week unter „Öko-Mode“ nicht viel mehr als bunte Kniestrümpfe und kratzige Pullis aus Filz vorstellen – nichts, was TrendsetterInnen oder stylische Mode-BloggerInnen ansprechen könnte. Doch das ist ein Vorurteil, wie zeitgleich zur Fashion Week auf der Ethical Fashion Show festzustellen war.

Bei der zeigten über 160 internationale Eco-Fashion-DesignerInnen im Postbahnhof mit ihrer Ausstellung von ökologisch und sozial hergestellter Kleidung, wie sich moderne und zeitlose Trends mit bewusster Nachhaltigkeit verbinden können. Dazu gab es Vorträge über die Herstellung von Daunen und Tierschutz sowie über die aktuellen Entwicklungen von Initiativen wie Global Organic Textile Standard (GOTS) oder Fair Wear Foundation.

T-Shirts aus Bananenfasern, Tücher mit Naturfarben bedruckt oder vegane Schuhe bildeten bei den Shows die

grüne Alternative zu herkömmlichen Massenprodukten. Mit modischen Prints und kreativen Designs entsprachen die Trends einem rebellischen Zeitgeist und warfen dabei vielleicht auch schon einen Blick voraus auf eine zukünftige Modeindustrie, die Qualität, Ethik und Ökologie verbinden könnte.

Öko-Politik beim Shoppen in der Boutique

Ethical-Fashion-Show-Besucherin Renate Künast, Bundestagsabgeordnete und grüne VerbraucherInnenschutz-Expertin, war von dem Konzept begeistert und kommentierte: „Die Ethical Fashion Show wird jedes Jahr besser und die Mode moderner, ökologischer und sozialer. Mittlerweile gibt es hier Mode von Business bis Abendkleid. Also können wir nicht nur beim Essen mit dem Einkaufskorb Politik machen. Ob recycelt oder neu und GOTS-zertifiziert, wir sollten beim Einkaufen danach fragen, damit im Handel klar wird, dass wir auch hier auf die Produktionsbedingungen achten.“

Aber was verbirgt sich nun genau hinter Begriffen wie Öko-Mode, Eco-Fashion oder „grüne Mode“? Dazu gehört in jedem Fall, dass die Textilien unter menschenwürdigen Bedingungen produziert werden, dass mit umweltfreundlichen sowie biologisch angebauten Materialien gearbeitet wird. Dazu muss die Herstellung für Außenstehende transparent sein, muss man die einzelnen Produktionsschritte zurückverfolgen können.

Für Tierschutz auch im Kleiderschrank

Eine Textilindustrie ohne Tierquälerei ist eines der Ziele der Arbeitsgemeinschaft Tierschutz, einem Zusammenschluss von bündnisgrünen wie parteilosen Tierschutzengagierten in Berlin. Das zentrale Anliegen: Berlin soll zu einer Stadt werden, in der die Bedürfnisse und Rechte von Tieren ernst genommen werden! Die Arbeitsgemeinschaft trifft sich in der Regel im Zwei-Monats-Turnus im Berliner Abgeordnetenhaus – meist zu einem konkreten Thema. Wer die AG kennen lernen möchte, schreibt einfach eine E-Mail an Christina Söhner: Christina.Soehner@gmx.de Neue MitstreiterInnen sind herzlich willkommen.

Models der Upcycling Modeschau vom Lette-Verein und der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus
Foto: Christopher Puttins, Fotodesign-Schüler im Lette-Verein



Öko-Mode ist also ein klarer Schritt weg von einer ausbeuterischen Modeindustrie, die Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten lässt, für die Millionen von Tieren auf grausame Weise das Fell abgezogen wird. Denn allen Tierschutzkampagnen zum Trotz spielt Pelz in der Modebranche immer noch eine zentrale Rolle. Doch hinter den Pelzhüten und Pelzkragen verbergen sich grausame Tatsachen, die selbst von „großen“ DesignerInnen nicht ignoriert werden können: So sterben im Jahr ca. eine Milliarde Kaninchen für „modische Zwecke“ und insgesamt stammen über 85 Prozent der Pelz-Felle von Tieren aus Gefangenschaft.

Statt Pelz: Alte Rohstoffe für neue Kleider

Dagegen bringt die noch sehr junge, aber wachsende Branche der Öko-Mode ständig neue Ideen hervor. Eine davon ist das Upcycling, das heißt: alte Rohstoffe werden zur Grundlage von neuer Kleidung.

Bereits im November 2013 war eine Upcycling-Modenschau der Höhepunkt des von der grünen Abgeordneten und Tierschützerin Claudia Hämmerling initiierten „Green Passion Day“. Motto der Show: „Wir denken bis Übermorgen“. Kollektionen, für die die MacherInnen des Lette-Vereins alte Gummischläuche zu wilden Röcken und Kleidern umgestaltet hatten, waren zwar nicht wirklich alltagstauglich, aber vor allem war die Veranstaltung auch als Appell gedacht, dass Mode in der Verantwortung gegenüber Umwelt und Gesellschaft steht.

„Mode bedeutet auch, sich in der Kleidung wohlfühlen“, sagt Claudia Hämmerling. Zertifizierte oder Secondhand-

Mode gewährleistet dieses Wohlfühlen, weil die KundInnen weitgehend sicher sein können, dass weder Tier noch Mensch für diese Kleidung leiden mussten.

Bei GRÜN-grüner Mode, so Hämmerling, handelt es sich aber nicht nur um ökologisch zertifizierte Designermode: Flohmärkte wie der am Schöneberger Rathaus oder im Mauerpark laden zum Re- bzw. Upcycling von Kleidung ein, bieten weitere Möglichkeiten von Wohlfühl-Kleidung. Da kann sich jedeR aus alten Herrenjacketts und verwaschenen Levi's-Jeans fernab vom Massenkonsum seinen/ihren individuellen Lifestyle schneiden.

Wohlfühlkleider sind auch langlebig

Eine kulturelle Metropole wie Berlin ist jedenfalls der ideale Standort für diese Art von grüner Mode. Der Berliner Öko-Designer Stefan Hollstein vom Modelabel MR. NELSON ist sicher, dass der Eco-Fashion der Zukunftsmarkt gehört, und das nicht mit kurzlebigen, ständig „neuen“ Trends: „Unser Verständnis von Mode gilt der Langlebigkeit, dem Wohlfühlen und einer Bescheidenheit, die sich in schlicht gehaltenen Motiven, Schnitten und Farben äußert.“

Dafür müssen auch keine Tiere sterben. Stefan Hollstein: „Auch Material aus kontrollierter biologischer Tierhaltung wird bei uns nicht verarbeitet. Für Pelzkragen zum Beispiel nutzen wir einen dickeren Sweatshirtstoff und Polyester aus recyceltem Material.“

Die Mode der Zukunft kommt ohne tierische Produkte aus.

ANNEMARIE KLIMKE

Mühsam nährt sich das Eichhörnchen...

Frauen in Führungspositionen – macht ein Quötchen einen Sommer?

Auch im diesjährigen Frauenmonat März gibt es wieder kleine Fortschritte – zwar nicht zu feiern, doch zumindest zu beachten. Allen voran das Frauen-Quötchen der Großen Koalition. Das alte sozialdemokratische Leiden „ATSABL“ (als Tiger springen, als Bettvorleger landen) macht leider auch vor Familienministerin Manuela Schwesig nicht halt. Trotz ihrer besten Absichten kam am Ende ein Gesetz heraus, das lediglich 108 von geschätzt 5000 Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten dazu verpflichten soll, in ihren Aufsichtsräten sukzessive eine Frauenquote von 30 Prozent einzuführen. Für alle anderen gilt weiterhin die freiwillige Selbstverpflichtung, hier wird sich also wie bisher nichts bewegen.

Das wird in den Aufsichtsgremien der Berliner Landesbetriebe deutlich. Von der Arbeitgeberseite – dem Senat – sind gut 40 Prozent Frauen in die Aufsichtsräte geschickt worden. Leider gilt dies nicht für die Arbeitnehmer*innenseite. Der Senat sieht sich auch gar nicht in der Pflicht, dort etwas zu ändern, weil das ja einen Eingriff in die Autonomie darstellen würde. Bei den obersten Landesbehörden setzt sich das Desinteresse fort: Der Anteil der Referatsleiterinnen beträgt ca. 38 Prozent, der der Abteilungsleiterinnen durchschnittlich 26 Prozent. Die Verwaltung des Abgeordnetenhauses, die Senatskanzlei und die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales kommen gänzlich ohne Abteilungsleiterinnen aus. Trotzdem lobt Frauensensorin Kolat sich und ihre Kolleg*innen jährlich am 8. März für ihre tolle Gleichstellungsarbeit. Soviel Ignoranz macht fassungslos.

Trotz allem: die Quote ist ein kleiner Fortschritt mit großem

Potential. Denn wird diese Karte klug weiter gespielt, könnte sich das Quötchen noch als kleiner, aber feiner Beginn eines Paradigmenwechsels entpuppen. Notwendig ist hierfür jedoch nicht nur, den Druck auf der Bundesebene aufrecht zu erhalten, sondern diesen vielmehr über die Bundesländer zu lancieren. Wir Grünen sind in der einzigartigen Situation, in der Hälfte der Länder mitzuregieren und werden diese Chance auch in der Gleichstellungspolitik nutzen.

Berlin kann mehr – zum Beispiel Motor sein.

In Berlin blockieren die Koalitionsfraktionen in gewohnter Manier, wenn es um eine moderne und innovative Frauen- und Gleichstellungspolitik geht. Dabei haben wir es parlamentarisch in den letzten drei Jahren in fast allen Politikfeldern versucht: Frauen und Mädchen auf der Flucht besonders schützen, sexistische Werbung vermeiden, einen runden Tisch Prostitution einrichten, die anonyme Spurensicherung auch in Berlin (als letztem Bundesland!) einführen, europäische Fördermittel gerecht verteilen und vieles mehr. Doch der Senat zeigt keine Reaktion. Ein weiteres Beispiel für die durchgängige Arbeitsverweigerung ist unser Gesetzentwurf zum Landesgleichstellungsgesetz (LGG), den wir dem Senat vor genau zwei Jahren vorgelegt haben. Bis heute haben wir dazu keine Stellungnahme erhalten. An einer Ausführungsvorschrift für das LGG arbeitet der Senat bereits seit einem Jahr. Trotz der offiziellen Auskunft, die Vorschrift befände sich in der Endabstimmung, antwortete der Justizsenator auf meine mündliche Anfrage, ob die enorme Zeitverzögerung bei der Fertigstellung auch auf sein Ressort zurückzuführen sei, nur

lapidar, der Vorschlag sei ihm noch nicht vorgelegt worden. Egal, welches Gleichstellungsthema wir gesetzt haben – die Koalition war jedes Mal noch nicht so weit. Das wird sich auch bis zur Wahl nicht mehr ändern.

Equal Pay Day am 20.03. – immer noch nötig

Die zuständige Senatorin für Arbeit und Frauen lässt sich gerne dafür feiern, dass die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Berlin vergleichsweise gering sind: nur 14,5 statt 22 Prozent im Bundes-



Bild: Freimut Woessner

schnitt. Doch leider ist das nicht ganz korrekt. Denn neben der geringeren Entlohnung wirkt sich in Berlin die stärkere Verbreitung von Teilzeitarbeit unter Frauen aus. Besonders große geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es außerdem bei den Sonderzahlungen, die für Frauen im Durchschnitt um 40,7 Prozent geringer sind als für Männer. Dieses Ergebnis wurde sichtbar bei der Einführung eines Gehaltschecks bei den Berliner Wasserbetrieben, des sog. eg-Check, der nur die Gehälter vergleicht. Und siehe da: Die Einkommen sind gleich, die Bonuszahlungen und

Extras machten den Unterschied, weil Frauen weit seltener in deren Genuss kamen. Genau hier muss die Senatorin tätig werden. Sie weiß, dass die Sonderzahlungen, Boni und Zuschläge, die im LGG nicht geregelt sind, einen entscheidenden Unterschied beim Einkommen machen. Ihr Nichteingreifen an dieser Stelle ist ein deutliches Zeichen ihrer Durchsetzungsschwäche gegenüber ihren Senatskolleg*innen. Deshalb fordern wir seit langem – ähnlich dem deutschen Juristinnenbund (djB) – einen Gehalts-Check, der alle Zahlungen berücksichtigt und auch

Zuwendungen außerhalb des gesetzlichen Rahmens einbezieht.

Diversity Mainstreaming versprochen: gebrochen

Gibt es überhaupt noch ein Antidiskriminierungsthema, das der Senat angeht? In den Koalitionsvereinbarungen zumindest ist festgelegt, dass Diskriminierungsschutz und Diversity Mainstreaming als Querschnittsaufgabe verstanden werden. Bisher ist noch nicht viel dabei herausgekommen, was allerdings nicht verwundert, ist doch für die Umsetzung dieser Aufgabe lediglich eine halbe Stelle in der Verwaltung dafür vorgesehen. Doch wer Neues etablieren will, muss auch bereit sein, die entsprechenden Ressourcen dafür zu schaffen. Da im Hinblick auf Diversity vom Senat nichts zu erwarten war, haben wir auch hier die Initiative ergriffen.

Denn die Zeit drängt, wir haben keine Geduld mehr mit der Schlafmützen-Koalition und deswegen einen Plan für 2015 entworfen. Wir Grüne wollen für Vielfalt eintreten und haben einen ersten Entwurf zu einem neuen Antidiskriminierungsgesetz geschrieben. Das Gesetz wird von der Veranstaltungsreihe „Diversity in Berlin gestalten“ begleitet. In vier Fachgesprächen wollen wir aufzeigen, wie Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik in einer modernen Großstadt aussehen muss. Kurz nach Ostern möchten wir auf der ersten Veranstaltung mit interessierten Parteimitgliedern und der Stadtgesellschaft ins Gespräch kommen, wie unser Berlin in Zukunft aussehen soll. Denn eins haben die letzten drei Jahre gezeigt: Wenn wir es nicht tun, tut es niemand!

ANJA KOFBINGER

MDA, FRAUEN- UND QUEER-POLITISCHE SPRECHERIN

Gender Datenreport Berlin 2013

Die statistischen Angaben sind dem Berliner Gender Datenreport 2013 entnommen, der seit 2009 jährlich von der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen gemeinsam mit dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg erstellt wird.

In ihm werden die wichtigsten geschlechterdifferenzierten Grundlagendaten aus den Bereichen Demografie, Bildung, Erwerbsleben, Einkommen, Gesundheit und politische Partizipation aufbereitet und jährlich aktualisiert. Er bildet die statistische Grundlage der Gleichstellungspolitik des Senats, um die Entwicklung in diesen Bereichen zu verfolgen und Handlungsfelder zu identifizieren. Der Report für 2014 erscheint voraussichtlich Ende 2015.

Der Report 2013 kann hier heruntergeladen werden: gruenlink.de/wcu

Bundes-Immobilien in Berlin

Finanzministerium setzt auf Profit, gegen die soziale Stadtentwicklung

Der Protest von rund 50 MieterInnen, die den Verkauf ihrer Wohnungen an einen profitorientierten Investor verhindern wollten, zeigte Wirkung: KommunalpolitikerInnen aller Parteien versprachen Abhilfe, der Senat wurde aktiv, das Thema beschäftigte den Bundestag. Die MieterInnen aus der Tempelhof-Schöneberger Großgörschen- und der Katzlerstraße, die im Frühjahr 2014 auf die Straße gingen, blieben mit ihrer wesentlichen Forderung bisher zwar erfolglos, können aber zumindest ein wenig beruhigter in die Zukunft sehen. Tausende andere haben aber nach wie vor Grund zu größter Sorge. Und manches PolitikerInnen-Versprechen platzte wie eine Seifenblase.

Die Eigentümerin, die ihre Wohnungen im Tempelhof-Schöneberger Kiez versilbern will, ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Die gehört zum Geschäftsbereich des Bundesfinanzministers, ist mit 39 000 Wohnungen einer der größten Immobilienbesitzer Deutschlands. Wenn die BImA sich von Objekten trennt, gilt das Prinzip: Den Zuschlag erhält, wer am meisten zahlt – egal, was er mit der Immobilie vorhat. Für die Wohnungen in der Großgörschen- und der Katzlerstraße hieß das: Der verlangte Preis war so hoch, dass die GEWOBA aus dem BieterInnenverfahren ausstieg. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hatte sich mit ihrem Gebot an den realen Mieten orientiert, andere BieterInnen lagen klar darüber. Das ließ Schlimmes befürchten.

Der Bezirk hört auf die MieterInnen

In der BVV schienen sich die Parteien einig. Ein von den Grünen initiiertes, von CDU und SPD mitgetragener Beschluss, verlangte: Das BieterInnenverfahren muss sofort gestoppt werden. Und: Beim Verkauf bundeseigener Immobilien sollten künftig die sozialen Belange von MieterInnen sowie die Stadtentwicklung im Vordergrund stehen, nicht der Profit. Die Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordneten von CDU, SPD und Grünen sagten auch zu, sich für eine Änderung der BImA-Regeln stark zu machen.

Doch im Abgeordnetenhaus schmetterten CDU und SPD ei-

In Tempelhof-Schöneberg stießen die BImA-Pläne auf den Widerstand der MieterInnen.
Foto: Kalle Erlacher



nen Antrag der Grünen und der Linken, sich für einen Verkaufsstopp der BImA-Häuser stark zu machen, ab und im Bundestag war von Einigkeit auch nichts zu spüren. Dort brachten die Grünen im Juli einen Antrag ein, der sich auf die Berliner Auseinandersetzung bezog und einen vorläufigen Verkaufs-Stopp für die BImA-Häuser forderte. Die Groß-Koalitionäre von CDU und SPD lehnten den Antrag, der doch auch den Bekenntnissen ihrer eigenen BezirkspolitikerInnen entsprach, geschlossen ab. Im November legten die Grünen mit einem weiteren Antrag unter dem Titel „Für eine nachhaltige und zukunftsweisende Liegenschaftspolitik des Bundes“ nach, forderten wieder, MieterInnen- und Stadtentwicklungs-Interessen über den kurzfristigen „Gewinn“ zu stellen. Auch dieser Antrag kam gegen den Widerstand von CDU und SPD nicht an.

Höchstpreis bringt hier kein Gewinn

Als Mitglied des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Bauen ist die grüne Bundestagsabgeordnete Lisa Paus schon länger mit dem BImA-Thema befasst. Noch bevor die Fraktion die beiden Anträge stellte, hatte sie die MieterInnen-sorgen in einer Anfrage auf die Tagesordnung des Parlaments gebracht und zieht nun das Fazit: „Der Finanzminister betreibt keine vorausschauende Haushaltspolitik, wenn er die Immobilien zum Höchstpreis verscherbelt. Es ergibt keinen Sinn, auf der einen Seite Wohnungen teuer zu veräußern und auf der anderen Seite zusätzlich benötigten bezahlbaren Wohnraum mit Steuergeld zu fördern. Dazu gibt der Staat mehr für Wohngeld und andere Sozialleistungen aus, wenn die Menschen ihre Mieten nicht mehr selbst zahlen können.“

Aber auch, wenn die Groß-Koalitionäre im Bund fest zu den Ideen ihres Finanzministers Wolfgang Schäuble halten, ist der Kampf für neue BImA-Regeln nicht aussichtslos. Berlin wird zwar ebenfalls von CDU und SPD regiert, doch die Stadt hat andere Interessen als der Bund. Um Geld in die Bundeskasse zu spülen, will die BImA mehr als nur die Tempelhof-Schöneberger Objekte verkaufen, natürlich möglichst teuer. Der Senat dagegen muss, will er die Sozialausgaben nicht explodieren lassen, preisgünstigen Wohnraum schaffen und erhalten. So verhandelt nun der Senat mit der Bundesanstalt über den Kauf von insgesamt 4660 BImA-Wohnungen. Doch auch wenn beide Seiten die Gespräche als „vertrauensvoll“ bezeichnen, der Senat nun eine Risikoabwägung vornehmen möchte, die BImA eine genaue Wertanalyse verspricht, bleibt immer noch offen: Was soll das kosten, kommt der Deal zustande?

Berlin braucht neues Bundesgesetz

Der Landesausschuss der Grünen formulierte auf seiner Sitzung im Dezember die Forderung:

► Bundesregierung und Senat müssen direkte Verhandlungen über den Ankauf der über 5000 Berliner BImA-Wohnungen aufnehmen. Diese Wohnungen sollen in den Besitz der öffentlichen Wohnungsgesellschaften übergehen, alternativ an Genossenschaften, gemeinnützige Wohnungsunternehmen und Stiftungen. Die Kaufsumme darf sich nicht an einem spekulativen Höchstpreis orientieren, muss dem Verkehrswert entsprechen.

Um das möglichst auch gesetzlich abzusichern, forderte der Landesausschuss außerdem:

Um diese Objekte geht es in Berlin

Bis 2018 will sich die BImA von 1700 ihrer 5477 Berliner Wohnungen trennen. Davon Betroffen u.a.: Wohnungen in der Braunschweiger Straße im Neuköllner Kiez. Auch 13 Kleingartenanlagen stehen auf der BImA-Verkaufsliste – wobei es für die Laubenpieper in der Tempelhofer Germaniastraße keine planungsrechtliche Sicherheit gibt. Schließlich geht es auch um Freiflächen, die für den sozialen Wohnungsbau benötigt würden, nun aber ohne Sozialbindung angeboten werden, z. B. Mauergrundstücke an der Bernauer Straße. Die Liste aller Berliner Bundesimmobilien stellt das Bundestagsbüro von Lisa Paus gerne zur Verfügung. Kontakt: lisa.paus.ma02@bundestag.de

► Berlin soll eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen, um den gesetzlichen Auftrag der BImA neu auszurichten. Deren Geschäftsgebaren darf sich nicht länger ausschließlich an den monetären Interessen des Bundes orientieren, soll ökologisch-sozialen Zielen verpflichtet sein. Ländern und Kommunen muss für ihre Stadt- und Regionalentwicklung ein Vorkaufsrecht zum Verkehrswert, im Einzelfall sogar unter diesem Wert, eingeräumt werden.

Etwas getan hat sich unterdessen zumindest im Kiez von Tempelhof-Schöneberg. Nach einem von Grünen und SPD gegen die CDU durchgesetzten BVV-Beschluss erließ die grüne Baustadträtin Sibyll Klotz eine soziale Erhaltungssatzung für das Gebiet. Die schiebt teuren Luxusmodernisierungen nun einen Riegel vor, schützt die MieterInnen vor entsprechenden Mieterhöhungen. Eines der Ergebnisse dieses rot-grünen Vorstoßes: Der Höchstbieter für die zum Verkauf stehenden Häuser zog sich zurück. Die BImA selbst dagegen verstand die Signale nicht. Die forderte die verbliebenen Interessenten auf, sie möchten ihre Angebote „nachbessern“, schloss dann mit einem anderen Investor einen Kaufvertrag.

Als „dreist“ bezeichnet Lisa Paus dieses Agieren der Bundesanstalt. Aber noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Denn über den Verkauf entscheidet letztlich nicht die BImA, sondern der Bundestag. Da werden sich die Grünen gegen diese Verlaufspläne wehren. Und von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller forderte Lisa Paus: Der muss endlich die Umwandlungsverbotsverordnung in Kraft setzen, damit spekulative Immobilieninvestments unattraktiver werden.

RassistInnen gegen die Integration

Berlin hat keinen Platz für die Bärigida



Am 5. Januar 2015 demonstrierten zum ersten Mal Bärigida-AnhängerInnen unter dem Motto „Berliner Patrioten gegen die Islamisierung des Abendlandes“ in Berlin. Die Antwort kam sofort: 6000 GegendemonstrantInnen verhinderten mit friedlichen Blockaden den Vormarsch Bärigidas. Auch die nachfolgenden Demonstrationen der rassistischen Bewegung liefen in Berlin ins Leere. Aus Grünen-Perspektive ein klarer Sieg gegen Rassismus und ein Zeichen, dass islam- und fremdenfeindliche Initiativen wie Bärigida in Berlin nicht willkommen sind.

Seit Pegida sich im Oktober 2014 in Dresden gründete, scheinen Islam- sowie AusländerInnenfeindlichkeit salonfähig geworden zu sein. In Deutschlands Städten versammeln sich Ableger der Bewegung und verbreiten mit rechten Parolen ihre vermeintliche Angst vor der Islamisierung des Abendlandes. Im Januar findet sich einer ihrer

Ableger unter der Abkürzung Bärigida auch in Berlin. Klar ist, sei es Bärigida, Pegida oder Legida: Diese Bewegungen vertreten ausländerInnenfeindliche und rechtspopulistische Ansichten, die in diesem bunten Berlin und in ganz Deutschland nichts zu suchen haben. In öffentlichen Mitteilungen, sozialen Netzwerken und auf ihren sogenannten

Abendspaziergängen verwenden VertreterInnen von Bärigida Begriffe wie Islam und Islamismus synonym und erzeugen damit bewusst ein verfälschtes Bild des Islam, wie er in Deutschland von der großen Mehrheit der MuslimInnen friedlich gelebt wird. Auch die Angst vor der sogenannten Islamisierung ist nicht nachvollziehbar, wenn

man bedenkt, dass von den etwa 80 Millionen EinwohnerInnen Deutschlands nur vier Millionen MuslimInnen sind.

Herdentrieb der einsamen Menge

Auf den Bärigida-Demonstrationen liefen etliche Mitglieder aus der rechten Szene mit – wie zum Beispiel der Neuköllner NPD-Chef Jan Sturm. Bei Pegida in Dresden wird konkret von 20 Prozent rechtsextremen DemonstrantInnen berichtet. Abscheulich, findet auch die Bundestagsabgeordnete Renate Künast und kommentiert zu Pegida und Co.: „Seit Pegida – im Verbund mit der AfD – ist leider klar, dass RechtspopulistInnen seit Kurzem mit an deutschen Debattentischen sitzen. Ich finde das scheußlich. Und auch der Verweis auf Frankreich, die Niederlande oder viele andere europäische Staaten, in denen RechtspopulistInnen und NationalistInnen angeblich normal sind, tröstet mich nicht. Denn wir Deutsche haben nach Auschwitz die Pflicht, anders zu reden und anders zu handeln. Dass MuslimInnen diskriminiert werden, Flüchtlinge und EinwandererInnen ausgestoßen werden und die Demokratie schlechtgeredet wird, dürfen wir nicht zulassen. Ich beobachte bei Pegida und den anderen rechten Märschen eine Art Herdentrieb der lonely crowd, der einsamen Menge. Dieses Sich-Zusammenrotten ist eine Reaktion von Erkalteten, die die eigene Kälte nicht ertragen, aber offenbar auch nicht ändern können.“

Doch wer genau sind diese DemonstrantInnen von Pegida/Bärigida, die diese Inhalte propagieren? In Studien wie zum Beispiel der von Professor Doktor Hans Vorländer von der Technischen Universität Dres-

Die „Abendland-RetterInnen“ auf Facebook

Über 4500 Likes verzeichnet die Bärigida-Seite auf Facebook, weit mehr, als die Truppe auf der Straße zusammen bekommt. Aber auch bei Facebook schmelzen nach dem Hype der ersten Wochen die Zuwachsraten deutlich. Dafür können die „Abendland-RetterInnen“, die ansonsten immer ihre Grundgesetztreue beschwören, in der Anytimeität des Social Web bei ihren Postings ihrer nationalsozialistischen Deutschtümelei freien Lauf lassen. Kostprobe (Original mit Schreibfehlern übernommen): „Ami go home, nimm deine Kollateralschäden („Flüchtlinge“) und die Marionetten die deine dreissig Silberlinge so gierig nahmen, mit. Laßt uns Deutsche endlich wieder deutsch sein, gegen jede Fremdbestimmung.“

den wurde versucht, ein Profil einer/eines „typischen“ Pegida-DemonstrantIn zu erstellen. Ergebnis dieser Umfrage war, dass die/der „typische“ Pegida-DemonstrantIn mehrheitlich männlich, berufstätig, ohne Konfession und Parteiverbundenheit ist und vor allem aus Sachsen bzw. Dresden kommt. Doch diese Werte, die diese Bewegung als eine homogene Masse darstellen, sind nur Richtwerte, da es zu wenige AnhängerInnen gibt, die sich klar über den Grund ihrer Teilnahme bei Pegida äußern. Dennoch bleibt die Islamfeindlichkeit der gemeinsame Nenner. Bedenkt man, dass in Dresden nur 0,1 Prozent MuslimInnen leben, stellt sich erneut die Frage nach der Motivation dieser landesweiten Bewegung.

Deutschlands Profil heißt Vielfalt

Die Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan von der Humboldt-Universität in Berlin, die sich unter anderem mit Migration, Integration sowie mit Islambildern in Deutschland beschäftigt, hat eine Antwort: Sie sieht in der Integration nicht nur die Einbindung von „AusländerInnen“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“ in die deutsche Gesellschaft, sondern es gilt, den Integrationsbegriff umzudefinieren und diesen allgemein an die „strukturelle Barriere“ der Gesellschaft zu richten. Anhand der Pegida-AnhängerInnen ließe sich nachvollziehen, dass „es auch Gruppen ohne Migrationshintergrund in der Bevölkerung gibt, die sich in der neuen, durch Vielfalt gekennzeichneten Gesellschaft nicht zurecht finden, desintegriert wirken und damit ebenfalls von der Integrationspolitik adressiert werden sollten.“ Die kulturelle Vielfalt beschreibe eine Identität Deutschlands, so Foroutan, die fordert, dass

Integration die gesamte Gesellschaft in den Fokus nehmen sollte. Deutschland sei bunt und profitiere von seiner kulturellen Diversität. Der Schwerpunkt müsse daher auf wissenschaftlicher sowie politischer Ebene auf Integration gesetzt werden, um ausländerInnenfeindlichen Bewegungen wie Pegida keinen Nährboden zu geben.

Wenig Sympathien für Rechte

Kurze Rückschau: Am 5. Januar 2015 fand die erste Demonstration des Pegida-Ablegers Bärigida statt. Etwa 400 Bärigida-DemonstrantInnen versammelten sich am Brandenburger Tor und trafen auf 6000 GegendemonstrantInnen. Einen Monat später, am 2. Februar 2015, waren es nur noch ca. 230 Bärigida-AnhängerInnen und 450 GegendemonstrantInnen. Auch wenn Pegida und seine Ableger generell nicht unterschätzt werden sollten, fällt es Bärigida sichtlich schwer, in Berlin einen festen Kreis von SympathisantInnen zu finden und ihre rechten Parolen und islamfeindlichen Äußerungen zu verbreiten, wie es bereits in Dresden gelang. So stellt auch die Abgeordnete und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus, Clara Herrmann, fest: „Die breite Beteiligung an Gegeninitiativen und die große zahlenmäßige Überlegenheit der GegendemonstrantInnen in Berlin sind ein deutliches Zeichen für Toleranz und Demokratie. Bärigida hat keine Chance in Berlin Fuß zu fassen – das haben die BerlinerInnen eindrucksvoll bewiesen.“ Hier gibt es keinen Platz für Bärigida.

ANNEMARIE KLIMKE

Wenn Bärigida demonstriert, sind die GegnerInnen oft schon da.

Foto: greeny thekid/flickr.com
CC BY-NC-SA 2.0

Senat verschläft Zukunftsthema

WLAN für Berlin



Hinweis auf ein öffentliches WLAN in einem Berliner Café
Foto: Kalle Erlacher

Preisfrage: Welches war die erste deutsche Großstadt mit freiem WLAN in der Innenstadt? Richtig, Pforzheim. Dort schlossen sich im Jahr 2011 verschiedene Firmen zusammen und hoben das Projekt PF-WLAN aus der Taufe. Bei PF-WLAN geht es nicht um Profit, sondern um Image für die Stadt. Kneipen, Restaurants, Geschäfte, die über einen Internetzugang verfügen, können problemlos als AnbieterInnen hinzukommen. Getragen wird das Projekt von einem Verein, in dem auch die öffentliche Hand vertreten ist.

Was in Pforzheim (und anderswo) möglich ist, muss auch in Berlin realisierbar sein. Sollte man meinen. Aber wenn es um den einfachen öffentlichen Zugang zum schnellen Internet geht, dann ist Berlin im Vergleich rückständig. In der Stadt, die sich gerne selbst zur Hauptstadt der Internet-Start-ups erklärt, sah der Senat lange keine Notwen-

digkeit für ein freies WLAN und verschlief das Thema.

Öffentliches WLAN gehört auf die politische Agenda

Im November vergangenen Jahres startete der Senat endlich eine neue Initiative. Per Ausschreibung können sich WLAN-BetreiberInnen für Standorte in und auf öffentlichen Gebäuden bewerben, die sie für zunächst zwei Jahre kostenfrei nutzen dürfen, Stromkosten inklusive. Außerdem sollen 170 000 Euro als Anschubfinanzierung zur Verfügung stehen. Die BetreiberInnen müssen im Gegenzug mindestens 30 Minuten kostenlosen WLAN-Zugang pro Tag für jedeN InteressierteN zur Verfügung stellen.

Schon Anfang dieses Jahres soll es laut Senatskanzleichef Björn Böhnig losgehen. Stefan Gelbhaar, Sprecher für Netzpolitik der Grünen im Abge-

ordnetenhaus, ist skeptisch: „Wir sind im Jahr acht der Senatsstümpereien in Sachen WLAN. Das ist gerade für eine Stadt wie Berlin besonders peinlich – und unverständlich.“ Die Stadt über die öffentlichen Einrichtungen, zum Beispiel die Ämter, aber gerade auch über die BVG, mit frei zugänglichem WLAN zu versorgen, sei rasch machbar und müsse – gut gemacht – auch nicht teuer sein.

Freies WLAN in Bahn und Bus

Einen gangbaren Weg, freies WLAN in die öffentlichen Verkehrsmittel zu bringen, hat die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen im Oktober 2014 beschrieben: Sämtliche Bahnhöfe und Haltestellen sollen mit Zugangspunkten ausgestattet werden, beginnend mit denen, wo die meisten Fahrgäste ein- und umsteigen. Natürlich soll auch an den Flughäfen kostenloses WLAN angeboten werden und auch in den Zügen.

Die Kosten hierfür wären gering: Wenn bei Ausschreibungen für neue Züge von Anfang an auf die Ausrüstung mit WLAN-Technik geachtet wird, fallen kaum Kosten an. Kein Bus, keine Tram, keine U-Bahn und keine S-Bahn soll zukünftig in Berlin ohne Internetzugang ausgeliefert werden. Der Nutzen hingegen hätte mehr als reinen Symbolwert: Berlin würde endlich mit vielen anderen Städten gleichziehen.

Neben den Unternehmen des Nahverkehrs sind öffentliche Einrichtungen wie beispielsweise die Universitäten, Krankenhäuser, Bibliotheken, Museen, Rathäuser, Ämter und die landeseigenen Betriebe gefordert, in ihren publikumsoffenen Räumen WLAN zur Verfügung zu stellen.

MATTHIAS TANG

In vielen Cafes wird ein kostenfreier Internetzugang angeboten. In einigen muss man nach einem Code fragen, andere sind völlig frei. Eine Auswahl gibt es unter gruenlink.de/wb7.

Freifunk als Alternative

Mehr digitale Nachbarschaftshilfe

Wie schön wäre ein Berlin, wo es fließend Internet geben würde. Leider stellt sich die Realität immer anders dar: Trotz LTE und UMTS steht oder sitzt man öfters im Funkloch als einem lieb ist. Und freies WLAN, was es in anderen Ländern in Metropolen oftmals flächendeckend und häufig sogar öffentlich gefördert gibt, das existiert bei uns nicht. (siehe Seite 18)

Da hilft nur offenes WLAN! Freifunk-AktivistInnen in Berlin und anderswo versuchen, jenseits von Politik und Unternehmen ein freies WLAN zu organisieren. Die Idee: Viele stellen ihren Internetzugang zur Verfügung und ermöglichen anderen den Zugang zum weltweiten Netz. Viele private Router werden zu einem Netz: Freifunk-Netze sind Selbstmach-Netze.

Störerhaftung verhindert freie Netze

Freifunk-AktivistInnen wird es nicht leicht gemacht. Schuld daran ist unter anderem die sogenannte „Störerhaftung“. Im Jahr 2010 urteilte der Bundesgerichtshof, dass FunknetzbetreiberInnen als sogenannte Störer für das haften, was die Gäste ihrer WLANs im Internet tun. Eine solche Rechtsprechung gibt es in keinem anderen Land. Davon profitieren tut in allererster Linie unsere Abmahnindustrie, findige RechtsanwältInnen, die harmlose Internet-NutzerInnen wegen vermeintlichen und tatsächlichen Rechtsverstoßen abmahnen. Dabei ist die Lösung einfach! Nur ein Paragraph im Telemediengesetz muss geändert werden, damit alle offenen WLANs sozusagen zu Miniprovidern werden. Doch diese Änderung scheitert derzeit an CDU/CSU im Bundestag. Ein Ende der Störerhaftung würde viel mehr WLANs öffnen und auch Verwal-



Die Freifunk Initiative nimmt eine weitere Antenne in Kreuzberg in Betrieb.
Foto: Boris Niehaus (JUST) CC BY-SA 3.0

Die Broschüre „WLAN für alle – Freie Funknetze in der Praxis“ erklärt, was sich hinter „Freifunk“ verbirgt und welche Chancen und Risiken mit diesem Netz verbunden sind. Die Broschüre geht auf gängige Bedenken und Vorbehalte ein und beantwortet Fragen wie „Ist das Freifunk-Netz sicher?“, „Mache ich mich strafbar wenn ich meinen Router für andere öffne?“ oder „Hafte ich für illegale Downloads anderer?“, die immer wieder gestellt werden. Die Publikation der mabb greift diese Fragen auf und gibt praktische Erläuterungen und Anwendungshinweise für Nutzer und Anbieter. Download der Broschüre: <http://gruenlink.de/w5w>
Mehr Infos zu Freifunk: <http://freifunk.net>

tungen, öffentlichen Institutionen etcetera die Ängste nehmen.

Die Freifunk-Community geht noch weiter: Ihr Ziel ist ein dezentrales Netz in NutzerInnenhand. Ein Problem heute ist, dass die Infrastrukturen des Netzes fast ausschließlich in privater Hand sind. Freifunk ist dazu eine Alternative: Menschen teilen ihre Internetzugänge und ehrenamtliche AktivistInnen verbinden diese über WLAN zu einem Netzwerk. Aufwändige und komplizierte bürokratische Verrenkungen sind notwendig, um als Communityprojekt das Problem der Störerhaftung zu umgehen.

Freie Netze gegen die digitale Spaltung

Die Störerhaftung ist nur ein Problem. Um die TeilnehmerInnen zu verbinden, ist es meist erforderlich, Antennen auf den Dächern anzubringen. Vorbei sind leider die Zeiten, wo man problemlos auf Hausdächer kam, um dort eine Antenne anzubringen. Einige BVVn haben in den vergangenen Jahren Beschlüsse gefasst, dass Freifunk-AktivistInnen auf städtische Gebäude dürfen. Aber damit ist es leider nicht getan.

Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) fördert

seit zwei Jahren die Freifunk-Community, um ein konkretes Problem zu lösen: AktivistInnen dürfen auf städtische Gebäude und machen das auch ehrenamtlich. Allerdings darf dort nicht einfach so eine Steckdose genutzt werden, um eine Antenne anzuschließen, selbst wenn man die Technik mitbringt. Das muss ein Elektriker machen, der auch einen zertifizierten Blitzableiter anbringt. Das darf nicht ehrenamtlich gemacht werden, kostet also Geld. Die Förderung der mabb ermöglicht es, dass mehr zentrale Knotenpunkte auf städtischen Dächern entstehen und die einzelnen Freifunk-Teile vernetzt werden können.

Offene WLANs und Freifunk-Angebote tragen dazu bei, die digitale Spaltung zu verringern. Und sie werden künftig wichtiger werden. Freifunk-Communitys zeigen einen Weg, wie sich eine digitale Gesellschaft emanzipieren kann. Durch zivilgesellschaftliches Engagement und mit den nicht-kommerziellen Teilen der Infrastruktur wird ein lokales Netz der Zukunft gebaut. Dezentral, offen und schwieriger zu überwachen.

MARKUS BECKEDAHL
CHEFREDAKTEUR VON NETZPOLITIK.ORG,
GRÜNDER DER RE:PUBLICA-KONFERENZEN
UND MITGLIED IM MEDIENRAT DER
MEDIENANSTALT BERLIN-BRANDENBURG

Zoo und Tierpark

Nur, wenn sich die Tiere wohl fühlen, kommen auch die BesucherInnen

Giraffen und andere „Ausstellungsobjekte“ aus unzulässigen Inzucht-Verpaarungen, eine „Tiersammlung“ ohne Plan und Platz, nun noch eine illegale Schuttdeponie, deren Entsorgung Zeit und Geld kostet: Ex-Zoo- und Tierpark-Direktor Bernhard Blazskiewitz hinterlässt seinem Nachfolger Dr. Andreas Knieriem ein schweres Erbe. Der neue Chef zeigt sich zwar bemüht, Zoo und Tierpark tiergerechter und besucherInnenfreundlicher umzugestalten, doch wesentliche Probleme bleiben. Da ist es Zeit für die große Diskussion, ob und welche Art von Zoos bzw. Tierparks Berlin künftig haben will.

Auch, wenn die „Ära Blazskiewitz“ nun Vergangenheit ist: An den Strukturen, innerhalb derer Blazskiewitz weitgehend ungehindert schalten und walten konnte wie er wollte, die ihn jahrelang trotz aller ans Licht gebrachten Skandale in seinem Amt überleben ließen, ändert sich wohl erst einmal nichts. Die grüne Abgeordnete Claudia Hämmerling zieht aus ihren unzähligen Vorstößen das Fazit: Auf Senatsebene fühlt sich niemand für Zoo und Tierpark zuständig, es fehlt an einer kompetenten Fachaufsicht. Nur für Tierschutzbelange sind die bezirklichen Veterinärämter zuständig. So wurden für den Zoo die Inzestzuchten zwar verboten, konnten aber im Tierpark in Friedrichsfelde nichts desto trotz weiter laufen.

Berlin zahlte, hatte aber nichts zu melden

Die Rechtskonstruktion von Zoo und Tierpark: Der Zoo ist eine Aktiengesellschaft, der Tierpark eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Eigentum der Zoo-AG. An dieser Aktiengesellschaft hält der Senat nur einen symbolischen Anteil, die große Mehrheit der 1000 Aktien befindet sich im Streubesitz meist privater Berliner Zoo- und Tierpark-Fans. Die haben ihr Stimmrecht aber in der Regel dem Zoodirektor überschrieben. Das hieß: Auf Aktionärsversammlungen „kontrollierte“ Blazskiewitz sich selbst, stimmte über sich selber ab.

Das Land Berlin musste zwar den Tierpark-Betrieb mit jährlich zwischen fünf und sieben Millionen Euro bezuschussen, blieb aber praktisch ohne Einfluss. Das Geld zu verweigern war dabei nie eine Option, denn, so Hämmerling: Zoo und Tierpark kann man nicht pleite gehen lassen. Die Tiere müssten in jedem Fall weiter versorgt werden, Verantwortung für Tiere und Gelände blieben bei der Stadt. Dieses Druckpotenzial wusste Blazskiewitz geschickt zu nutzen. Resultat: Seit der Wende wurden im Tierpark rund 200 Millionen Euro verbaut, meist für viel zu kleine Käfige, Anlagen, die für eine annähernd artgerechte Tierhaltung gänzlich ungeeignet sind, alles ohne erkennbares Konzept.

Was sich nun, unabhängig von den politischen Fragen, nach Meinung von Claudia Hämmerling in Zoo und Tierpark sofort dringend ändern muss:

Die Tiere brauchen Beschäftigungsmöglichkeiten, die sie zum Teil vor der Amtsübernahme von Blazskiewitz schon hatten, die ihnen aber dann genommen wurden. Während sich in anderen Zoos zum Beispiel Elefanten auch ohne menschliche Aufsicht etwa mit Autoreifen befassen können, ließ Blazskiewitz die Tiere anketten, setzte auf „klassische“ Dressur selbst mit Hilfe der anderswo längst verpönten Elefantenhaken. So sehen die ZoobesucherInnen nun Elefanten, die ständig den Kopf hin

und her schaukeln, Bären, die permanent auf und ab laufen. Das sind Zeichen von Verhaltensstörungen. An denen werden Zoo und Tierpark noch lange zu tragen haben, werden die Tiere vermutlich ihr Leben lang leiden.

Da sind Zoo- und Tierpark unter ihrem neuen Direktor auf einem guten Weg und auch Inzest-Züchtungen wird es wohl kaum noch geben. Die längerfristigen Aufgaben sind aber komplizierter anzupacken.

Dem Europäischen Erhaltungszuchtprogramm, das den Austausch von Tieren zwischen den Zoos Europas und die genetische Vielfalt sichern soll, haben sich die Berliner Einrichtungen in den vergangenen Jahren praktisch entzogen, weil sie mit

In anderen Zoos waren sie längst abgeschafft, unter Blazskiewitz gehörten sie zum Zoo-Alltag: Elefantenhaken, um die Dickhäuter „zur Räson zu bringen“. Foto: Claudia Hämmerling



Berliner Wildlife in Zahlen

Rund 160 Hektar misst der Tierpark im Lichtenberger Ortsteil Lichterfelde, hat ungefähr 7500 Tiere, darunter 1400 Säugetiere von knapp 200 Arten. Allerdings: Mit unter einer Million BesucherInnen jährlich kann man in einer Stadt wie Berlin

den Tierpark nicht als Publikumsmagneten bezeichnen. Der Zoo bringt es mit seinen 35 Hektar und knapp 20 000 Tieren immerhin auf rund drei Millionen Gäste. Aber: Weil in Berlin von attraktiver Tierhaltung nicht die Rede sein konnten, zog es selbst viele BerlinerInnen zum Ausflug in die Zoos von Leipzig oder Eberswalde.

ihren Inzuchten den Standards nicht gerecht wurden. Da darf Berlin sich nicht länger seinen Verpflichtungen entziehen, muss zu einem Nachzucht-Programm finden, das beim Artenschutz die genetische Vielfalt erhält, das auch die Vermittlungschancen der Jungtiere an andere Zoos im Auge behält. Zoo und Tierpark dürfen nicht länger als Nachschubbasis für dubiose Tierhändler dienen.

Auf Forschungsreise durch Friedrichsfelde

Allerdings sollte man dabei nach Meinung von Claudia Hämmerling bedenken: Die Bedeutung der Zoos für die Erhaltung bedrohter Tierarten wird deutlich überschätzt. Tatsächlich sind es nur weni-

ge Arten, bei denen die Zoos erfolgreich die Rolle der Arche Noah spielten. Ginge es nur um die Arterhaltung, wäre das in die Zoos investierte Geld besser in den Natur- und Tierschutzgebieten angelegt gewesen.

Was Zoos, so Hämmerling, wirklich leisten können und müssen: Den menschlichen BesucherInnen Empathie, Verständnis und Respekt vor den Tieren beibringen. Dazu würde gehören, dass qualifiziertes Personal etwa bei den öffentlichen Fütterungen dem Publikum das Verhalten der Tiere erklärt, dass es interaktive Lernangebote für junge BesucherInnen gibt. Gerade eine weitläufige Anlage wie der Tierpark könnte sich dafür eignen, bei Kindern Abenteuer- und Entdecker-

lust zu wecken, wenn sie dort, ausgestattet mit Fernglas und allem, was dazu gehört, auf „Forschungsreise“ gingen.

Dabei muss man sich aber im Klaren sein: Längst nicht alle Tiere lassen sich in Zoo oder Tierpark beobachten wie in der freien Wildbahn. Deshalb müsste man sich auf die Tierarten konzentrieren, die man mit noch vertretbarem Aufwand wenigstens einigermaßen artgerecht halten kann. Für Berlin würde das heißen: Langfristig müsste man wohl Abschied nehmen von den Seekühen – und schließlich, trotz aller Knut-Euphorie, von den Eisbären. Hämmerling: „In einem so großen Becken, das mit dem trüben Wasser ausgestattet ist, in dem sich die Seekühe wohl fühlen, bekämen die BesucherInnen die Tiere nie zu Gesicht. Und Eisbären benötigen einen Auslauf, den keine Anlage bieten kann.“

Ob die Tiere sich in einem Zoo tatsächlich so wohl fühlen können wie in freier Wildbahn, wird man kaum je sagen können. Wovon Hämmerling aber überzeugt ist: Wohl fühlen wird sich das Publikum nur in einem Zoo, in dem die BesucherInnen zumindest den Eindruck haben, dass sich auch die Tiere wohl fühlen.

Ein solcher vom Publikum angenommener Zoo könnte auch einen ausgeglichenen Haushalt erreichen – wovon zumindest der Tierpark noch weit entfernt ist. Deshalb gilt auf der politischen Ebene nach wie vor die Forderung: Der Senat muss mit dem Tierpark einen eindeutigen und transparenten Zuwendungsvertrag schließen, in dem die Landeszuschüsse an die Umsetzung eines tragfähigen Zukunftskonzeptes gekoppelt sind.

Rekordüberschuss 2014

Haushaltspolitik im Umbruch

Der Berliner Haushalt hat 2014 mit einem Rekordüberschuss von über 860 Millionen Euro abgeschlossen. Das Ergebnis wird sich in den Folgejahren relativieren, weil es auf einem außergewöhnlichen Steuerwachstum von 7,6 Prozent beruht.

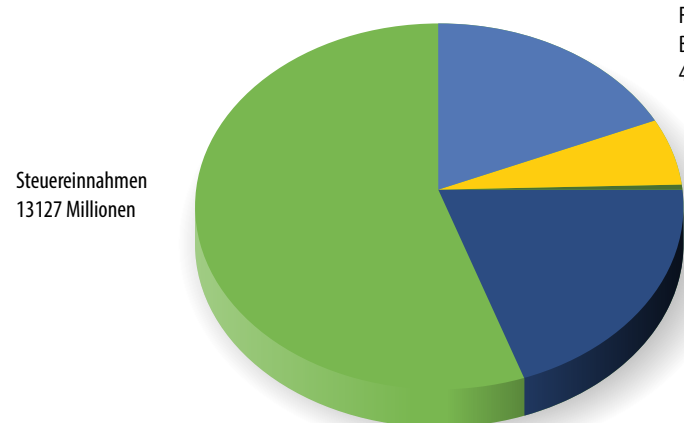
Dennoch: Die Haushaltssanierung ist geglückt. Wenn uns der Himmel nicht auf den Kopf fällt, wird der Berliner Haushalt dieses Jahr erstmalig alle Anforderungen der Schuldenbremse erfüllen.

Zwei Milliarden für Investitionen

Bei dieser Ausgangslage ist es nicht vermessen, die Haushalte 2016 bis 2019 jeweils mit freien Mitteln von 400 Millionen Euro zu planen, die erst 2020 gebraucht werden, um den schlagartigen Einnahmeverlust von 399 Millionen aus dem Solidaripakt Ost zu bewältigen. Bis dahin stehen sie zwar nicht für dauerhafte Ausgaben, wohl aber für zusätzliche Investitionen zur Verfügung.

Jeweils 400 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren ergeben zusammen mit dem Infrastruktur-Sondervermögen, das mit dem Nachtragshaushalt im März dieses Jahres gebildet wird, einen Investitionsfonds von rund zwei Milliarden Euro. Damit können wir einen Teil der überall diskutierten Projekte in Angriff nehmen.

Wir brauchen mehr Kita- und Schulgebäude, neue U-Bahn-Züge und eine bessere Infrastruktur für den Radverkehr. Auch werden wir für teures Geld den BER fertig stellen müssen. Wir können die Sanierung des ICC und der Krankenhäuser nicht ewig vertagen. Manche möchten die Gebäude der aufgegebenen Flughäfen in Tempelhof und Tegel für neue Zwecke herrich-



ten. Und wir brauchen Eigenkapital für das Stadtwerk, den Wohnungsbau und den Erwerb des Stromnetzes, wenn wir in der Umwelt- und der Wohnungspolitik Fortschritte erzielen wollen. Nicht alle diese Vorhaben sind mit zwei Milliarden Euro schon ausfinanziert. Wir müssen also Prioritäten setzen.

Nur ausgeben was reinkommt

Für die laufenden Ausgaben jenseits der Investitionen gilt künftig: Wir können nur ausgeben, was hereinkommt. Für Personal, Sozialleistungen und Zuwendungen an Dritte können wir nicht mehr ausgeben als wir einnehmen.

Wieviel kann das sein? 1,1 Prozent plus Inflationsrate nach Zins- und Versorgungskosten sagt der Stabilitätsrat von Bund und Ländern. 2,9 Prozent sagen die Wirtschaftsprüfer von PWC – ebenfalls nach Zinsen und Versorgung. Wir Grüne kalkulieren derzeit mit 3 Prozent Mehrausgaben pro Jahr. Das alles sind Werte in einer Spanne von 600 bis 700 Millionen Euro. Das hört sich erst mal gut an.

Aber es gibt drei große Kostenblöcke, die sich jenseits von drei Prozent Steigerung pro Jahr

Woher kommt Berlins Geld?

Schuldenstand pro Einwohner in Euro

Sachsen:	3 103
Bayern:	3 233
BW:	4 951
MV:	7 459
Brandenburg:	7 876
Thüringen:	8 371
Niedersachsen:	8 947
Hessen:	9 770
Sachsen-Anhalt:	10 472
NRW:	10 656
SH:	10 909
RLP:	12 330
Hamburg:	13 558
Saarland:	17 099
BERLIN:	18 090
Bremen:	31 001

Quelle: Finanzplanung 2014 bis 2018, Senatsverwaltung für Finanzen Berlin 2014

bewegen. Die Personalkosten sollen nach Senatsplanung um 4,1 Prozent steigen. Die Kosten der Kitas steigen derzeit um neun Prozent. Und die zumeist bundesgesetzlich geregelten Sozialleistungen steigen derzeit um knapp vier Prozent.

Der überproportionale Anstieg dieser drei Kostenblöcke bewirkt einen erheblichen Verdrängungseffekt innerhalb des Haushalts. Wenn der Bauunterhalt nicht länger das Sparschwein sein soll, lastet der gesamte Druck auf den Zuschüssen an Dritte – vom Theater bis zum Jugendprojekt. Was also tun?

Kita- und Sozialkosten lassen sich wegen der gesetzlichen Vorgaben nur schwer dämpfen. Das Gleiche gilt für die Beamtenpensionen und die Lohnabschlüsse. Rechtlich autonom ist der Berliner Haushaltsgesetzgeber nur bei der Anzahl des beschäftigten Personals. Ich gehöre deshalb zu denen, die beim Personalaufwuchs Augenmaß anmahnen. Bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts steht nicht nur der Senat vor der Frage, ob er 1000 neue Stellen einrichten oder die dazu benötigten 50 Millionen Euro lieber in die Wohnraumförderung stecken soll.

JOCHEN ESSER
MDA, SPRECHER FÜR FINANZEN

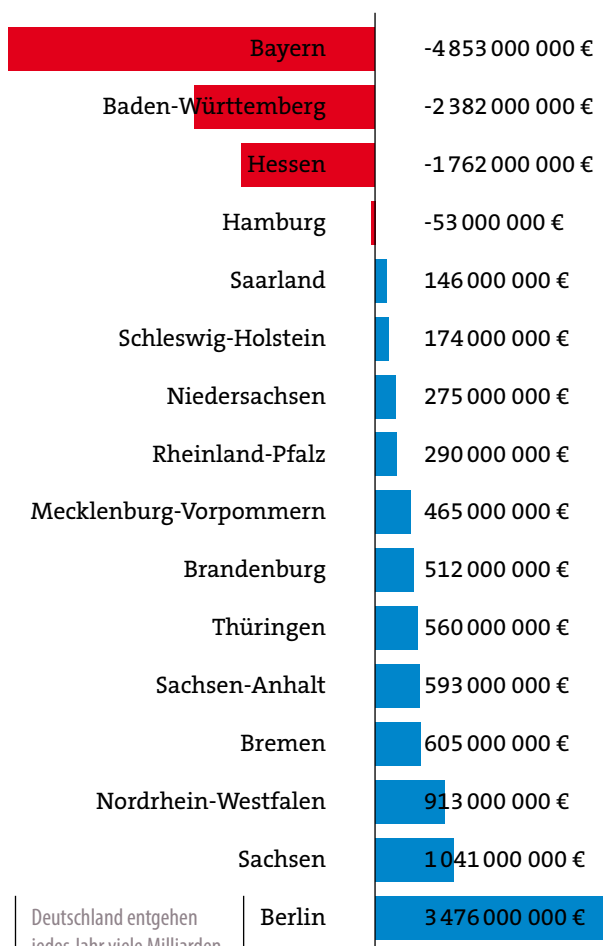
Neuordnung Länderfinanzausgleich

Wichtige Weichenstellung für die Zukunft

Derzeit laufen die Verhandlungen zur Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen. Dabei geht es um den Länderfinanzausgleich und die weiteren Finanzströme zwischen Bund und Ländern. Die Neuregelung muss 2020 in Kraft treten. Eigentlich hätten die Verhandlungen bereits beendet sein sollen, doch eine Einigung ist derzeit nicht in Sicht. Gesucht wird eine Antwort auf die Frage, wie die Bundesländer trotz knapper Kassen und Schuldenbremse künftig ihre Aufgaben erfüllen können. Angesichts der konträren Positionen in den Verhandlungen und mit Blick auf die Klage aus Bayern und Hessen gegen den Länderfinanzausgleich scheint die Solidarität unter den Ländern am Ende zu sein.

Finanzausgleich ist kein Almosen

Dabei handelt es sich beim Finanzausgleich nicht um Almosen, die die Geberländer an die Nehmerländer verteilen. Die Regelung soll gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sicherstellen und gleicht die unterschiedliche Finanzkraft zwischen den Ländern aus. Eine „Übernivellierung“ findet nicht statt. Bayern ist auch nach dem Finanzausgleich noch reicher als Berlin. Das Argument der Geberländer, der Länderfinanzausgleich solle dafür sorgen, dass Nehmerländer keine Anstrengungen unternähmen, um ihre Einnahmen zu erhöhen, da ihnen das beim Finanzausgleich Nachteile brächte, ist unberechtigt. Niemand hat gerne zu wenig Geld. In einem parteiübergreifenden Konsens hat Berlin in den vergangenen Jahren die Ausgaben konsolidiert und die Steuern erhöht. Auch die Wirtschaftskraft wächst. Derzeit liegt das Wirtschaftswachstum in Berlin über dem Bundesschnitt.



Deutschland entgehen jedes Jahr viele Milliarden an Steuereinnahmen. Ein Grund dafür ist die ineffiziente Organisation der Steuerverwaltung in unserem föderalen System. Das Nebeneinander von 16 Landessteuerverwaltungen führt zu Koordinierungsproblemen, Informationsverlusten und Anreizproblemen im Länderfinanzausgleich.

Deswegen plädieren die Grünen im Bundestag für eine „Bundessteuerverwaltung“. Die Steuerzahlung soll von der Leistungsfähigkeit und nicht vom Wohnort abhängen.

Mehr Infos:
<http://gruenlink.de/w9y>

Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich

Wichtigster Punkt in den Verhandlungen ist aus Berliner Sicht zunächst die Stadtstaatenregelung. Derzeit zählt jede*r Einwohner*in eines Stadtstaates 135 Prozent im Vergleich zu Einwohner*innen eines Flächenlandes. Hintergrund: In Stadtstaaten arbeiten zum Beispiel viele Menschen im Zentrum, wohnen aber außerhalb, im benachbarten Bundesland, und zahlen dort Steuern. Jeder Prozentpunkt Verlust würde 100 Millionen Euro weniger für Berlin bedeuten.

Zentral ist auch die Frage des Solidaritätszuschlages. Die Einnahmen aus dem „Soli“ leitet der Bund bis 2019 an die neuen Bundesländer und Berlin weiter,

wobei es jedes Jahr weniger Geld gibt, für Berlin jährlich rund 140 Millionen Euro weniger.

Einnahmen aus dem Soli sind unverzichtbar

Einig sind sich die Finanzminister*innen in Bund und Ländern, dass man auf die Einnahmen aus dem Soli nicht verzichten kann. Streitpunkt ist die zukünftige Verteilung. Vorstellungen von Strukturhilfen für schwache Regionen in Ost und West bis zur Integration des Soli in die Einkommenssteuer stehen im Raum.

Das Hauptziel der Geberländer ist es, künftig weniger in den Länderfinanzausgleich zu zahlen. Daher lautet eine immer wieder erwähnte Idee, Berlin aus dem Finanzausgleich herauszulösen, und die Verantwortung für die Hauptstadt komplett auf den Bund abzuwälzen. Beliebtes Vorbild ist Washington D.C.. Die US-Hauptstadt ist kein Bundesstaat, sondern untersteht direkt der US-amerikanischen Regierung. Ein solches Konstrukt ist aber mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und daher lediglich eine populistische Luftblase. Berlin ist und bleibt ein Bundesland wie das Saarland, Hamburg oder Bayern auch. Die Fragen der Hauptstadtfinanzierung müssen der Bund und Berlin gesondert vom Finanzausgleich klären.

Klar ist: Über der zukünftigen Einnahmesituation Berlins und damit über der mittelfristigen Finanzplanung schwebt das Damoklesschwert Länderfinanzausgleich. Rund 19 Prozent der Einnahmen des Landes Berlin stammen aus dem Finanzausgleich (ohne Soli). Berlin kann es sich nicht leisten, bei den Verhandlungen baden zu gehen.

CLARA HERRMANN
MDA, SPRECHERIN FÜR HAUSHALTPOLITIK

Ökologisches aus der Region – frisch auf den Tisch

Nachfrage steigt, aber Chancengleichheit gibt es für die Bio-Landwirtschaft noch lange nicht

Die Zahlen sind beeindruckend: Über 50 000 Menschen demonstrierten im Januar in Berlin gegen Gentechnik und Tierfabriken, für das Recht auf gesunde, biologische Ernährung. Das war unter dem Motto „Wir haben es satt“ nun schon die fünfte Demonstration dieser Art. 80 Prozent der VerbraucherInnen bekunden bei Meinungsumfragen: Wir wollen Fleisch aus artgerechter Haltung statt aus tierquälerischer Massenproduktion. Innerhalb von 15 Jahren hat sich der Anteil biologisch produzierter Nahrungsmittel am Gesamtumsatz der Lebensmittelbranche vervierfacht. In Berlin machten das 2014 immerhin 350 Millionen Euro aus.

Dieser Wachstumstrend scheint kaum zu stoppen. 75 Bio-Märkte und Läden gab zum Jahresbeginn 2014 in der Region Berlin-Brandenburg, zum Jahresende waren es bereits 85. Für 2015, so weiß Michael Wimmer, Geschäftsführer der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau (FÖL), sind wieder 15 neue Märkte geplant. Setzen sich also gerade die VerbraucherInnen mit ihrem Wunsch nach umweltfreundlich produzierten Nahrungsmitteln auf ganzer Linie durch?

Natürlich liegt der Trend zu Bio ganz wesentlich auch am veränderten Verhalten der VerbraucherInnen, meint Michael Wimmer. Aber bei der FÖL, einem Zusammenschluss von 300 Berlin-Brandenburger Bio-Unternehmen, Gruppen und Institutionen, kennt man auch noch andere Zahlen. Trotz Vervierfachung in den letzten 15 Jahren: Der Anteil von Bio-Nahrungsmitteln am gesamten Lebensmittelmarkt beträgt nicht mehr als 4,5 Prozent. Obwohl 80 Prozent der VerbraucherInnen Fleisch aus artgerechter Haltung fordern: In der Realität kommen aber nur zwischen ein und zwei Prozent des verkauften Fleisches aus dieser artgerechten Haltung. Dazu geht die nach ökologischen Gesichtspunkten bewirtschaftete Fläche in Brandenburg kontinuierlich zurück, innerhalb der letzten vier Jahre um zwei Prozent auf jetzt noch 10,48 Prozent.

Discounter fordern billige Massenproduktion

Denn auch wenn das Vertrauen der VerbraucherInnen in Bio-Produkte nicht zuletzt dank einer Reihe seriöser Güte-Siegel gewachsen ist, so können sich die ProduzentInnen aber kaum den Marktmechanismen entziehen. Diese weitgehend von den Discountern diktierten Marktmechanismen verlangen in erster Linie billige Massenproduktion.

Das führt dann zum Beispiel zur massenweisen Düngung des Bodens mit Stickstoff. Die Düngemittel sind für den Landwirt zum Spottpreis zu haben, erhöhen aber die „Effizienz“ des Bodens beträchtlich. Dass das Nitrat aus dieser Art von Landwirtschaft das Grundwasser belastet, mittlerweile weite Teile etwa der Ostsee in eine Todeszone verwandelt hat, spielt in der Bilanz des einzelnen Produzenten oder auch der Nahrungsmittelindustrie keine Rolle. Die Kosten trägt die gesamte Gesellschaft.

Ähnlich sieht es mit der Tierzucht aus. Sicher würden die meisten BäuerInnen zum Beispiel ihren Schweinen ein halbwegs artgerechtes Leben gönnen – doch dem Konkurrenzdruck der auch noch immer größer werdenden Mastbetriebe ist der einzelne Schweinewirt kaum gewachsen.



Demo von oben – für eine Agrarwende von unten
Foto: Alexander Franke
www.alexanderfranke.de

Schließlich erweist sich auch noch manch gut gemeinte Maßnahme zur Förderung der Erneuerbaren Energien für die ökologische Landwirtschaft als Rohrkrepiere. Die garantierte Vergütung für die Nutzung von Biomasse als Heizmaterial hatte unter anderem zur Folge, dass inzwischen zehn Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Deutschland

mit Maisfeldern bedeckt sind. Doch diese „Lebensmittel“ werden dann direkt verheizt.

So gesehen wollen die VertreterInnen der ökologischen Landwirtschaft vom Staat keine gesonderte „Förderung“, sondern einen Ausgleich der ökonomischen Benachteiligung. Wie dieser Ausgleich hergestellt werden könnte, sagen

die zehn Forderungen, die das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg – neben der FÖL gehören unter anderem der Berliner und der Brandenburgische Landesverband des NABU, der WWF und die Heinrich-Böll-Stiftung dazu – bereits im November 2013 entwickelte.

► Die erste Forderung: Agrar- und Förderpolitik müssen naturverträglich ausgerichtet werden. Das heißt zum Beispiel: Unterstützt wird die Kooperation zwischen Landwirtschaft und Naturschutz, das, was der Biodiversität nutzt. Dazu muss der Einsatz von Pestiziden wie in Dänemark längst üblich angemessen besteuert werden.

► Die Massentierhaltung und der Einsatz von Antibiotika müssen gestoppt werden. Berlin und Brandenburg sollen sich im Bundesrat für ein Gesetz stark machen, das bei der Haltung von Nutztieren Obergrenzen festlegt, die Zahl der Tiertransporte reduziert, Investitionen in Massentierhaltungs-Anlagen dürfen nicht auch noch subventioniert werden.

► Die Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft des Bundes soll ihre Flächen künftig nicht mehr einfach an den Höchstbietenden vergeben. Diese Praxis fördert nämlich nur die Flächenkonzentration zugunsten der kapitalstarken Agrarindustrie. Stattdessen sollte die Vergabe bundeseigener Flächen die regional verankerte Landwirtschaft fördern, sollten die Kommunen bei Verkäufen und Verpachtungen ein Mitspracherecht erhalten.

Beim Schulessen ist Berlin Bio-Hauptstadt

Schließlich kann der Staat die Bio-Branche aber da unterstüt-

zen, wo er selbst als Verbraucher auftritt. Da hat das Land Berlin an einem Punkt sogar die Vorreiterrolle übernommen. Bei der Kita- und Schulverpflegung beträgt der Bio-Anteil im Durchschnitt der ausgegebenen Mittagessen stolze 40 Prozent. Das macht Berlin beim Schulessen zur unangefochtenen Bio-Hauptstadt.

Erreicht wurde das mit einer einfachen Änderung bei der Ausschreibung für die Caterer. Seit dem 1. Februar 2014 gilt hier nämlich die Regel: Für jede Portion gilt ein Festpreis von 3,25 Euro. Den Zuschlag bekommt nicht der Anbieter, der die Preise der anderen unterbietet, sondern derjenige, der für den Festpreis das beste, hochwertigste Essen liefert. Eine weitere Bedingung dieser Ausschreibung: Der Bio-Anteil beim Essen sollte mindestens 15 Prozent betragen. Da die Bewerber sich ja nun nicht unterboten konnten, mussten sie sich in Sachen Hochwertigkeit überbieten – und das machte man mit einem möglichst hohen Bio-Anteil, der so die 40-Prozent-Marke erreichte.

Das ist ein ungewöhnlich positives Beispiel, wo Berlin sogar einmal von sich selber lernen könnte. 2006 versprach der Senat: In den Kantinen der Berliner Rathäuser und der Verwaltung soll der Bio-Anteil der Verpflegung auf 15 Prozent steigen. Erreicht werden sollte dieses Ziel in diesem Jahr – geschehen ist so gut wie nichts. Für bio-bewusste KommunalpolitikerInnen könnte das ein guter Anlass sein, durch kritisches Nachbohren auch in den Bezirksverordnetenversammlungen dem Senat bei der Umsetzung seiner eigenen Vorgaben auf die Sprünge zu helfen.

–tz

Termine und Adressen

Am 31. März lädt die Bio Ranch Zempow in Witstock an der Dosse zum „Bioerlebnistag für Ferienkinder“ – und am 16. Mai können Interessierte in Garzau-Garzin bei einer Imkerei-Führung alles über die Bedeutung der Bienezucht erfahren. Insgesamt 220 Tipps dieser Art finden sich in dem Flyer „Bio-Termine in Stadt und Land“, zusammengestellt von der FÖL. Auf der FÖL-Webseite www.bio-berlin-brandenburg.de ebenfalls kostenlos zu bestellen: Der „Bio-Einkaufsführer für Berlin-Brandenburg“ mit über 330 regionalen Einkaufsadressen.

Kongress-Stadt? Abgesagt!

Berlins Raumschiff ICC treibt orientierungslos und leer im Nichts

Die deutsche Hauptstadt hatte keinen Platz für sie: Nach abschlägigem Bescheid durch die Berliner Messe-Gesellschaft mussten die Veranstalter von 32 Kongressen nach einem anderen Tagungsort Ausschau halten. Ursache: Das ICC, wegen seiner eigenwilligen Architektur auch als „Raumschiff“ bezeichnet, steht seit einem Jahr leer und wartet auf die vom Senat immer wieder verzögerte Sanierung.



Ein schlafender Riese:
Das Internationale Congress
Centrum Berlin.
Foto: Schrott/flickr;
CC BY-NC-SA 2.0

In der Tat: Eine Ausgabe von 329 Millionen Euro, die die ICC-Sanierung laut Gutachten kosten würde, will wohl bedacht sein. Da scheint es verständlich, dass die SPD-CDU-Koalition die endgültige Entscheidung noch einmal bis zu den Haushaltsberatungen im September vertagt hat. So kann dann frühestens 2016 mit den Bauarbeiten begonnen, das ICC wohl erst im kommenden Jahrzehnt wieder eröffnet werden.

Aber braucht Berlin das Geld nicht ohnehin für die Lösung dringenderer Probleme, für die

Sanierung nicht mehr benutzbarer Schultoiletten, für die Instandsetzung vieler anderer maroder Gebäude? Die KongressveranstalterInnen werden sich doch wohl mit dem neuen City Cube als ICC-Ersatz begnügen können. Der fasst doch auch bis zu 11 000 TagungsteilnehmerInnen gleichzeitig.

Harte Konkurrenz auf umkämpftem Markt

Diese Rechnung geht nicht auf, meint Nicole Ludwig, im Abgeordnetenhaus bündnisgrüne Sprecherin für Wirtschaft,

Haushalt und Tourismus. Der City Cube wird nämlich einen Großteil des Jahres von der Messe-Gesellschaft selbst in Beschlag genommen, für Veranstaltungen, die parallel zu den großen Messen wie Grüner Woche oder Internationaler Tourismusbörse laufen. Die City-Cube-Kapazitäten sind ausgereizt. Dabei ist die Veranstaltung von Messen und Kongressen neben Medizin und Wissenschaft eine tragende Säule der Berliner Wirtschaft, wird da das Geld verdient, das die Stadt unter anderem für die Sanierung ihrer Schulen benötigt. Nur: Der internationale

Messen- und Kongresse-Markt ist hart umkämpft, weiß Nicole Ludwig, und Wien, eine der großen Mitbewerberinnen auf diesem Markt, wartet sogar mit drei Kongress-Zentren auf.

Die Münchner TNS Infratest Verkehrsforschung erstellte eine „Bedarfsanalyse für ein weiteres Kongresszentrum in Berlin“ und präsentierte darin ernüchternde Zahlen. Jeder der abgesagten 32 Kongresse hätte mindestens 2000 TeilnehmerInnen gehabt, 17 der Veranstaltungen sogar über 5000. Das heißt: Die Absagen bedeuten für die Stadt einen Verlust von ca. 120 000 Kongressgästen, rund 80 000 Übernachtungen von auswärtigen BesucherInnen. So entgingen Berlins DienstleisterInnen etwa 30 Millionen Euro Umsatz. Dazu kommt der Verlust, der sich nicht in konkreten Zahlen ausdrücken lässt: Wer einmal aus Berlin eine Absage bekam, wird seine nächste Veranstaltung wahrscheinlich gleich in Wien oder Barcelona planen, der Imageschaden zieht Kreise. Die VerfasserInnen der Studie schätzen: Während anderswo das Kongress-Geschäft weiter wachsen wird, kann sich Berlin ohne weiteres Kongress-Zentrum allenfalls auf Stagnation gefasst machen.

Aber muss dieses weitere Kongress-Zentrum unbedingt das ICC sein? In Neukölln will doch das Estrel-Hotel zwei Kongress-Hallen errichten, die Messe-Gesellschaft selbst bekundete ihr Interesse an dem – dafür noch umzubauenden – Flughafen-Gebäude in Tempelhof. Doch das sind keine Alternativen. Das Estrel ist nämlich nicht an Groß-, sondern lediglich an kleineren Firmen-Kongressen interessiert, der Umbau des Flughafengebäudes würde rund 500 Millionen Euro kosten und ebenfalls Jahre dauern. Zumal:

Seit der politischen Ohrfeige, die sich der Senat beim Volksentscheid über die Zukunft des Tempelhofer Feldes einfiel, hat er es immer noch nicht fertig gebracht, ein schlüssiges, gesellschaftlich akzeptiertes Gesamtkonzept für die Nutzung des Flughafengebäudes vorzulegen.

Renommierter Marke mit internationalem Ruf

Für ein saniertes ICC dagegen spricht nach Auffassung der grünen Wirtschafts- und tourismuspolitischen Sprecherin: Das ICC hatte sich zu einer renommierten Marke entwickelt, wurde mehrfach mit dem World Travel Award ausgezeichnet, einem „Oscar der Reiseindustrie“, der jeweils nach einer internationalen Abstimmung unter über 150 000 Tourismus-Profis vergeben wird. Dazu gilt das 1979 eröffnete ICC mit seinen 80 Sälen mit einem Fassungsvermögen zwischen 20 und 5000 Personen als eines der bedeutendsten deutschen Nachkriegsbauwerke.

Was jetzt rasch geschehen muss? Die Große Koalition muss sich klar zur notwendigen Sanierung bekennen, dann könnten Berlins TourismuswerberInnen mit einem 3-D-Modell des instandgesetzten „Raumschiffs“ auf internationale Tournee gehen und wenigstens Kongress-Anmeldungen für die Zeit nach Fertigstellung der Bauarbeiten einsammeln.

Ein solches 3-D-Modell sollte auch eine zusätzliche Nutzungsmöglichkeit des ICC demonstrieren: Direkt raus aus dem Kongress-Saal geht es für den Teilnehmer, die Teilnehmerin in die virtuelle Shopping-Mall, in der man nach Ladenschluss den ausgestellten Artikel per App kaufen kann, ein Ausflug in die mögliche Einkaufswelt

Baudenkmal mit Nutzwert

Mit Baukosten von 924 Millionen Mark war das ICC 1979 das teuerste Gebäude von West-Berlin und wurde zum Denkmal der Nachkriegs-Architektur. 320 Meter lang, 80 Meter breit und 40 Meter hoch zählte das ICC auf drei Stockwerken und einer Gesamtfläche von 200 000 Quadratmetern nicht nur 80 Säle, sondern auch großzügige Flure und Lobbys, die ebenfalls für Veranstaltungen genutzt werden konnten. Dazu verband ein dreigeschossiges Brückenbauwerk ICC und die Hallen des Messegeländes und ermöglichte nicht nur zu Grüner Woche oder Internationaler Tourismusbörse eine Misch- und Quernutzung. Das machte das ICC zu einem der größten Kongresszentren der Welt.

der Zukunft. Auch das Tagungshotel könnte bei diesem 3-D-Modell zu sehen sein. Das zum ICC gehörende Parkhaus würde angesichts moderner, am öffentlichen Nahverkehr orientierter Kongress-Zentren-Konzepte nicht mehr benötigt und könnte einem Hotelinvestor für Umbau und weitere Nutzung überlassen werden. Das würde, sagt Nicole Ludwig, auch die Sanierungskosten reduzieren.

Doch hinter der ICC-Debatte verbirgt sich mehr als die Diskussion über die Sanierung eines momentan leer stehenden Gebäudes: Hier geht es um die Frage, ob überhaupt und wenn ja welche Messe- und Kongresspolitik Berlin künftig betreibt. Da vertritt die CDU-Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer ohnehin die Auffassung, dass es ja eher Aufgabe der Privatwirtschaft als der Stadt sei, für Kongressräume zu sorgen, und in der SPD-CDU-Koalition meint auch noch manch anderer: Die Politik hält sich besser raus, die Messe-Gesellschaft soll nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten so agieren, wie es ihr am meisten Geld bringt. Nur: Dieser Ansatz führte bereits dazu, dass die Messe-Gesellschaft aus Kostengründen das ICC schon vor langer Zeit schließen lassen wollte und am liebsten abgerissen gesehen hätte.

Dem hält Nicole Ludwig entgegen: „Die Auffassung, man könne das ganze Kongressgeschäft privatisieren, ist absurd. Uns interessiert der volkswirtschaftliche Output, der durch die Kongresse erbracht wird. Wir holen die Kongresse nicht für ein paar Tausend Euro Saalmiete her, sondern für über zwei Milliarden Euro Kaufkraft, die dadurch jährlich in die Stadt gespült werden.“

Aus vielen Ideen wird ein Programm



Die Ergebnisse der Programmdebatten der letzten Abgeordnetenhauswahlen
Foto: Kalle Erlacher

Wir Bündnisgrüne wollen eine andere Politik in und für Berlin. Wir wollen die Berlinerinnen und Berliner von unseren Ideen überzeugen, indem wir Alternativen zur Großen Koalition aufzeigen und Antworten auf die Fragen geben, die die Stadt wirklich beschäftigen. Wir wollen deshalb ihren Bewohner*innen möglichst viele konkrete Projekte und grüne Konzepte anbieten, mit denen wir Berlin besser machen. Für all das möchten wir die kommenden Monate so intensiv wie möglich nutzen, um bis Anfang nächsten Jahres zu einem grünen Wahlprogramm für die Abgeordnetenhauswahl 2016 zu kommen.

Die Grundideen sind simpel

► Wir schreiben unser Programm nicht für uns selbst, sondern für die Menschen in dieser Stadt, ganz egal, wo sie in Berlin Zuhause sind.

► Wir sagen ihnen zu möglichst vielen Themen und Fragen ganz konkret, was wir in Berlin anders und besser machen wollen.

► Wir setzen dabei von Anfang an auf das Wissen und Know-how innerhalb und außerhalb der Partei und auf einen Wettbewerb um die besten Ideen.

► Wir möchten zuspitzen, damit am Ende jede*r von uns in wenigen Sätzen erklären kann, weshalb Grün den entscheidenden Unterschied macht.

Erste Schritte auf dem Weg

Auf unserer Landesdelegiertenkonferenz im Oktober haben wir den Weg zu einem solchen Programm beschlossen und seitdem schon die ersten Schritte unternommen:

Wir haben alle fachpolitisch Aktiven in unserer Partei gebeten, bis zur Sommerpause 2015

Vorschläge für Grüne Konzepte für Berlin zu erarbeiten. Gemeint sind damit klar umrissene politische Projekte, untersetzt durch möglichst konkrete Ziele, Maßnahmen und Instrumente. Wir glauben, dass unsere Fachpolitiker*innen am besten wissen, was die spannendsten Fragen, wichtigsten Herausforderungen oder drängendsten Problemen dieser Stadt in „ihrem“ jeweiligen Themenfeld sind.

Wir haben ihnen bei der Konzepterarbeitung eine Reihe von Kriterien an die Hand gegeben: etwa die Frage nach der Relevanz und stadtweiten Bedeutung ihres Projekts, nach der Unterscheidbarkeit zu anderen Parteien und der Politik des rot-schwarzen Senats. Oder warum ihr Konzept eine echte Alternative zum Status quo ist und die Lebenssituation und den Alltag der Berliner*innen positiv verändert. Wir haben darum gebeten, Ideen nach Möglichkeit fachübergreifend und im Dialog mit Expert*innen, Verbänden und anderen Akteur*innen der Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Der Landesvorstand begleitet und berät die Beteiligten und stellt sicher, dass die Ergebnisse in die Programmdebatte einfließen. Wir sind mit verschiedenen Abgeordneten, mit Landesarbeitsgemeinschaften und Arbeitsgruppen im Gespräch und begeistert von der Vielzahl an Ideen, die bisher dabei herausgekommen sind.

Ein Programmprozess dient auch immer der Weiterentwicklung und Überprüfung grüner Programmatik. Wir möchten deshalb so viele kreative Ideen und grüne Konzepte wie möglich einsammeln und auf dieser Basis bis zum Herbst 2015 einen ersten Vorschlag für die Grundzüge eines Wahl-

Sind wir (k)eine Europapartei?

programms erarbeiten. Diese „Rohfassung“ – es handelt sich noch nicht um den eigentlichen Entwurf für das grüne Wahlprogramm – soll eine frühzeitige Debatte in der Partei und die Rückkopplung mit den Bezirken, Gliederungen und Gremien, mit den Fachpolitiker*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen ermöglichen.

Programmforum im Herbst

Im Herbst soll ein großes Programm-Forum stattfinden, bei dem wir alle Interessierten zusammenführen wollen. Wir ermutigen alle fachpolitisch Aktiven, bereits jetzt aufeinander zuzugehen. Nicht nur bei Querschnittsthemen ist es sinnvoll, Konzepte miteinander abzustimmen, Synergien auszuloten und etwaige Widersprüche aufzulösen. Und wir sollten den langen Vorlauf nutzen, um unsere Projektideen in öffentlichen Veranstaltungen auszutesten und Expertise von außen einfließen zu lassen.

Auf der Grundlage aller dieser Rückmeldungen und Ergebnisse soll Anfang 2016 der Entwurf für das grüne Wahlprogramm der Partei vorliegen. In welcher Form dieses Programm beschlossen wird, welche thematischen Schwerpunkte wir setzen oder welche grünen Konzepte im Wahlkampf womöglich ganz vorne stehen, entscheidet dann letztlich eine Landesdelegiertenkonferenz.

Wenn Ihr Fragen habt, wendet Euch gern an uns direkt oder an unser Team in der Landesgeschäftsstelle. Wir freuen uns auf den Weg, der vor uns liegt, und hoffen, dass viele von Euch ihn mit uns gehen.

BETTINA JARASCH UND DANIEL WESENER
LANDESVORSITZENDE

Das Ergebnis der Europawahl war für uns trotz Verlusten angesichts der grünen Großwetterlage gut. In einem Wahlkampf, der durch die europäischen SpitzenkandidatInnen so personalisiert und europäisiert war wie keiner zuvor, haben wir unseren Anspruch, die Europapartei zu sein, in ein klares Bekenntnis zur europäischen Integration umgesetzt.

Aber was bedeutet eigentlich Europapartei, wenn im Wahlkampf eine Doppelstruktur aus europäischer und deutscher Kampagne besteht, sich zwei Wahlprogramme und zwei Spitzen-Duos gegenüberstehen? Wenn sich Aktive nur schleppend mobilisieren lassen und die „Green Primary“ auf Desinteresse an der Basis stößt?

Föderaler Bundesstaat?

Diesen Fragen geht eine Debatte innerhalb der BAG Europa und der Europagruppe nach, die wir als LAG begleiten. Ihr Ziel ist es, Brüssel näher an die Basis zu rücken und gleichzeitig durch eine positive Erzählung und ohne programmatische Lücken die Europabegeisterung der Mitglieder neu zu beleben. Erste Ideen für diesen Prozess wurden in einem Workshop Anfang Dezember diskutiert.

Entscheidungen im Europäischen Parlament sollen für die Kommunikation beispielsweise so aufbereitet sein, dass sie die Relevanz für den Alltag unterstreichen und verdeutlichen, dass Europa kein eigenständiger Themenbereich ist, sondern eine politische Entscheidungsebene, die uns täglich berührt. Bilateraler Austausch über Städtepartnerschaften oder Brüsselreisen von MultiplikatorInnen können europäische Strukturen und persönliches Interesse stärken.



Europa: Viel mehr als eine Fahne im Wind
Foto: Georg Kössler

Programmatisch müssen wir uns offenen Fragen und partei-internen Konflikten stellen: Was ist unsere Vision eines solidarischen Europa? Ein föderaler Bundesstaat mit eigener Armee, uneingeschränkter Personenfreizügigkeit und sozialen Leistungen für alle? Diese Debatte darf sich nicht auf den Programmprozess der Europawahl reduzieren, sondern muss breit in der Partei geführt werden. Sie betrifft alle Politikfelder und muss sich im Sinne eines „Europa-Mainstreaming“ in allen Positionierungen und Wahlprogrammen bis auf die Bezirksebene wiederfinden.

SIBYLLE STEFFAN UND TORBEN WÖCKNER
LAG EUROPA

Der steinige Weg zum Millieuschutz in Neukölln

Beharrlichkeit zahlt sich aus

In Neukölln sind die politischen Lager klar aufgeteilt: Auf der einen Seite eine konservative rot-schwarze Zählgemeinschaft, gegenüber eine zahlenmäßig weit unterlegene Opposition aus Grünen, Piraten und Linken. Entsprechend vorhersehbar ergeht es meist unseren Anträgen in der BVV: Fast egal, worum es geht – die Opposition ist dafür, SPD und CDU dagegen. In Flurgesprächen gab es aus den Reihen der Sozialdemokratie mehr als einmal das „freundliche“ Angebot, wir sollten sie doch unsere Anträge einbringen lassen, wenn uns einer besonders wichtig sei, dann würde er auch beschließen. Auf kommunaler Ebene wird stärker nach Sacherwägungen entschieden als nach Parteizugehörigkeit? In Neukölln definitiv Fehlanzeige.

Hinter Buschkowskys medialer Omnipräsenz ist lange kaum durchgedrungen, wie wenig sozialdemokratisch die Politik der Zählgemeinschaft ist. Beispiel Mietropolitik. Als selbst die Berliner SPD endlich begriffen hatte, dass stark steigende Mieten zu einem der großen Probleme Berlins

werden, leugnete die Neuköllner SPD dies immer noch beharrlich. Im Gegenteil: Sie äußerte sich teilweise explizit positiv zu Verdrängung. Buschkowsky erklärte, er halte nichts davon, „die Käseglocke über Hartz-IV-Milieus zu stülpen“.

Im Gegensatz dazu haben wir immer wieder die Einrichtung von Milieuschutzgebieten gefordert – sicher kein Allheilmittel gegen steigende Mieten, aber eines der wenigen Instrumente, die es auf Bezirksebene überhaupt gibt und eine Voraussetzung für die nun zumindest endlich angekündigte Umwandlungsverordnung. Grüne, Piraten und Linke haben dabei von Anfang an am gleichen Strang gezogen und es ist gelungen, das Thema in die Neuköllner Zivilgesellschaft und Medien zu tragen.

Trotzdem gab es noch im September 2014 im Stadtentwicklungsausschuss keine Bereitschaft, konstruktiv nach einem Kompromiss zu suchen – obwohl die Basis ein von SPD und Grünen in Mitte gemeinsam beschlossener Antrag war. In der folgenden BVV gelang es uns



Die Mühlen mahlen langsam in der Neuköllner BVV
Foto: Dario Samardi

dann aber, die notwendigen Voruntersuchungen für zwei Nord-Neuköllner Kieze auf den Weg zu bringen: Bei unserem Änderungsantrag, der aus einem aktuellen Positionspapier der SPD übernommen worden war, blieb der Sozialdemokratie nichts anderes mehr als die Zustimmung. Damit ist die Debatte zwar nicht beendet, nun muss um die weitere Ausgestaltung gerungen werden. Aber es zeigt auch, dass sich Beharrlichkeit in der Politik eben doch auszeichnet.

JOCHEN BIEDERMANN
STELLV. FRAKTIONS-VORSITZENDER IN DER BVV NEUKÖLLN

Kitausbau in Berlin

Senatorin ohne Plan

Die Probleme der Berliner Kitaversorgung wachsen. In Berlin gibt es erfreulicherweise wieder mehr Kinder als noch vor Kurzem prognostiziert. Die Geburtenraten steigen, Familien ziehen nach Berlin und Flüchtlinge kommen. Der Einschulungstichtag wird ebenfalls nach hinten verschoben. Es werden also dringend zusätzliche Plätze gebraucht.

Bisher waren die Kitaträger in der Lage, viele neue Plätze

mit relativ geringer staatlicher Förderung zu schaffen. Aber sie geraten zunehmend an ihre Grenzen. Anmietungen sind kaum noch möglich, die Erweiterung bestehender Einrichtungen ist weitgehend ausgereizt, Neubau ist teuer und passende Flächen in der Stadt zu finden ist nicht leicht. Die Kitafinanzierung ist so strukturiert, dass ein seriöser Träger keine Gewinne erwirtschaften kann, um große Investitionen zu finanzieren.

Die Kitaplätze sind in der Stadt sehr unterschiedlich verteilt und leider gehören zu den Quartieren mit großem Bedarf auch viele Gebiete mit hoher sozialer Belastung. Seit Kurzem wissen wir, dass Berlin bei der Personalrelation für die unter Dreijährigen bundesweit die Rote Laterne hat. Bisher hat sich Berlin, wie man sieht mit gutem Grund, an diesem Vergleich nicht beteiligt. Sinnvoll wäre, wenn eine Fachkraft sich um



drei Kinder kümmern müsste. In Berlin sind es 6,6. Gerade die Kleinsten brauchen aber die größte Aufmerksamkeit.

Es brennt also an allen Ecken. Wie agiert jetzt die zuständige Senatorin Scheeres von der SPD? Die Senatsverwaltung ist nicht in der Lage, eine seriöse Planung

Nicht alle Eltern genießen den Luxus eines Kita-Platzes für ihr Kind.
Foto: dotshock/shutterstock.com

oder auch nur ernstzunehmende Prognosen vorzulegen. Deshalb agiert Frau Scheeres mit Ankündigungen, die aber durch nichts unterlegt sind. Sie verspricht 10 000 neue Kitaplätze – Kosten mindestens 100 Millionen, vermutlich aber eher 200 Millionen, je nachdem, wie viel Neubau notwendig sein wird. Für erste Verbesserungen der Personalsituation, die noch lange nicht ideale Verhältnisse erreichen würde, wären 100

Millionen nötig und es ist nicht klar, woher die zusätzlichen Fachkräfte kommen sollen. Gleichzeitig verkündet die SPD, auch die Kitaplätze für die unter Dreijährigen kostenfrei stellen zu wollen. Hier wird auf mindestens 50 Millionen Euro Einnahmen verzichtet. Für all das gibt es bisher keinerlei seriöse Planung und Finanzierung.

MARIANNE BURKERT-EULTZ
MDA, SPRECHERIN FÜR KINDER, JUGEND, FAMILIE UND SOZIALES

Dauer-Ärgernis BER

Wenig Neues von Mehdorn & Co

Wann wird der Flughafen eröffnet? Ist er nicht viel zu klein? Soll man das Projekt nicht besser abbrechen und in Sperenberg oder woanders neu beginnen? Diese Fragen werden immer wieder gestellt. Sie sind naheliegend und berechtigt. Doch leider gibt es darauf sehr unterschiedliche Antworten – je nachdem, wen man fragt.

Für die Eröffnung haben der Regierende Bürgermeister Müller und die anderen Protagonisten im Flughafenaufsichtsrat jüngst ein „Terminband“ beschlossen. Im zweiten Halbjahr 2017 soll der BER starten. Vorgeschlagen hat das der amtierende Geschäftsführer Hartmut Mehdorn. Drei Tage später hat er seinen Rücktritt erklärt. Ob sein Nachfolger Mühlenfeld den Termin für machbar hält oder postwendend aufhebt, ist unklar.

Wenn der Termin funktioniert, liegt er über fünf Jahre nach dem großen Desaster 2012. Die Bauzeit hätte sich verdoppelt, die ersten Bauteile haben dann sicher schon Rost angesetzt. Das Krisenmanagement ab 2012 hat die Krise des BER nicht gelöst, sondern

verschlimmert. Dazu beigetragen hat wesentlich das unklare Agieren der Gesellschafter Berlin, Brandenburg und Bund.

Aktuell streiten sie sich, ob MinisterInnen in den Aufsichtsrat gehören oder eher in die Gesellschafterversammlung. Ministerpräsident Woidke weigert sich, in den Aufsichtsrat zu gehen. Der Regierende Bürgermeister hat vor, das Gremium nach seiner zweiten Teilnahme gleich wieder zu verlassen. Kann man in dieser Art und Weise ein Milliardenprojekt begleiten? Eher nein.

Eine weitere Erblast von Hartmut Mehdorn ist die Kapazitätsdebatte. Wenn der Luftverkehr sich weiter so entwickelt, könnte der BER am Tag der Eröffnung tatsächlich zu klein sein. Statt der vorgesehenen 21 Million Passagiere könnte der Bedarf bei 30 Millionen liegen. Wie reagiert man darauf? Mehdorn wollte am liebsten gleich weiter bauen. Die Antwort darauf kann nur ein klares Nein sein. Wer einen Flughafen für 21 Millionen Fluggäste nicht eröffnen kann, der sollte sich an 30 oder 40 Millionen gar nicht erst versuchen. Die Konzentration muss jetzt auf der Fertig-



stellung liegen. Das schließt einzelne Planungsarbeiten nicht aus.

Licht brennt – ansonsten tut sich nicht viel.
Foto: m.joedicke
CC BY-NC-SA 2.0

Bleibt die Frage des kompletten Neustarts an anderem Ort. Am Standort BER sind ein Bahnhof, technische Gebäude, Hotels, Parkhäuser und vieles andere fertiggestellt. Ein Gegenwert im Milliardenbereich. Selbst ein Abriss und Neubau des Hauptterminals wäre schneller und günstiger machbar als ein Neubau irgendwo anders. So charmant der Gedanke erscheint: Ein Neustart würde mindestens zehn Jahre benötigen und die Schließung von Tegel noch länger verzögern.

ANDREAS OTTO
MDA, SPRECHER FÜR BAUEN UND WOHNEN

Karneval der Kulturen

Gerade noch einmal gut gegangen

Mit der Beinahe-Absage des Karnevals der Kulturen hat der Senat den Kulturstandort Berlin beschädigt. Dieser Schaden bleibt leider. Denn der Karneval ist eines der großen Kulturevents in der Stadt und das politische Statement für ein multikulturelles, internationales Berlin. Aber zum Glück ging jetzt plötzlich alles, was jahrelang als unmöglich galt: Sicherheitskonzept und Versicherung, Karnevalsfonds für die Gruppen.

Nachdem die Gruppen ihren Ausstieg angekündigt hatten, musste sich der Senat bewegen und zusagen, vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen: Klagen über die Kommerzialisierung der Veranstaltung, den Dreck und die mangelnde Sicherheit waren bisher ignoriert worden. Als die Werkstatt der Kulturen nun die Veranstaltung absagte, war das Maß voll. Der Senat musste, um die Veranstaltung zu retten und den Image-

Schaden klein zu halten, die Veranstaltung an sich ziehen.

Dass es in der Werkstatt Leitungs-Probleme gibt, ist seit Jahren bekannt. Auf ihrer Webseite distanzierte sie sich mit dem Spruch „Wir können mehr als Karneval“ von dem Projekt. Dazu kam, dass der Karneval mit 270 000 Euro völlig unterfinanziert ist. Das überfällige Sicherheitskonzept konnte damit nicht bezahlt werden. Senatorin und Integrationsbeauftragte hätten diese konzeptionellen und finanziellen Probleme längst angehen müssen. Die Werkstatt ist mit einer Million Euro Zuwendungen der größte Posten im Integrationshaushalt und die Beauftragte sitzt laut Satzung im Trägerverein. Aber wie so oft in Berlin geschah nichts.

Nun will sich die Senatorin als Retterin des Karnevals feiern lassen. Aber dafür muss sie noch einiges tun: Die Künstler*innen



Die Finanzierung des Karnevals der Kulturen stand lange Zeit auf der Kippe.
Foto: Bertil Wewer

fordern Mitbestimmung und es muss für 2016 ein neuer Träger gefunden werden. Berlin braucht den Karneval der Kulturen. Entstanden nach den Morden in Solingen und Mölln ist er das bunte, getanzte Bekenntnis zu einem offenen und vielfältigen Berlin. Bisher war der Karneval nicht kaputt zu bekommen – aber jetzt muss alles besser werden.

SUSANNA KAHLEFELD
MDA, SPRECHERIN FÜR PARTIZIPATION
UND GLEICHBEHANDLUNG
VON MIGRANT*INNEN

Jugendberufsagentur für Berlin

Nach dem Schulabschluss – was dann?

Vor zwei Jahren haben wir als Grüne den Anstoß für die Gründung einer Jugendberufsagentur (JBA) in Berlin gegeben – und jetzt soll es tatsächlich los gehen. Mindestens in vier Bezirken noch in diesem Jahr, die übrigen sollen 2016 folgen.

Endlich einmal ist es gelungen, politisch die Frage in den Mittelpunkt zu rücken, was mit Jugendlichen passiert, wenn die Schule vorbei ist. Viel zu viele Jugendliche gingen bisher bei diesem sogenannten „Übergang Schule – Beruf“ verloren. Verloren im Dickicht von Hilfen, Maßnahmen und immer wieder auch Drangsalierungen. Viele

verschwanden aus jeder Statistik. Jahrelange Warteschleifen waren die Regel. Erst mit 21,4 Jahren beginnt man in Berlin im Schnitt eine Ausbildung. Und die Abbruchzahlen bei den Studierenden sind genauso hoch wie die bei den Azubis.

Hilfesystem richtet sich nach den Jugendlichen

Mit der JBA wird ein neues Prinzip eingeführt: Die Jugendlichen müssen sich nicht nach dem System richten, sondern das System nach den Jugendlichen. Eine Jugendliche muss also nicht mehr selbst wissen, ob sie mit einem bestimmten

Problem eher zum Jobcenter, zur Familienhilfe, zur Sucht- oder zur SchuldnerInnenberatung gehen kann, wo diese zu finden sind und wer das bezahlt. Umgekehrt wird jetzt ein Schuh draus: In der JBA werden VertreterInnen der Bereiche Schule, Berufsschule, Jugendhilfe sowie Jobcenter/Arbeitsagentur alle unter einem Dach sitzen und gemeinsam die Aufgabe haben, herauszufinden, wer von ihnen der Jugendlichen am besten weiterhelfen kann und womit.

Noch sind eine ganze Reihe von konkreten Fragen zu klären: Welche Bezirke werden starten? In welchen Gebäuden werden

Sanierung immer teurer

Drama Staatsoper

Die Staatsoper Unter den Linden sollte eines der kulturellen Highlights für die Hauptstadt Berlin sein. Aber seit 2010 ist das Haus eine Baustelle. Der gesamte Komplex wird grundsaniert, angeblich in diesem Ausmaß unvorhersehbar. Die Kosten von ursprünglich 239 Millionen Euro stiegen zuletzt auf 389 Millionen Euro, weitere Kostensteigerungen sind wahrscheinlich. Dass es mehr als 400 Millionen Euro sein werden, gilt als sicher. 200 Millionen davon übernimmt der Bund. Geplant war die Wiedereröffnung 2013, mehrfach verschoben wird aktuell Herbst 2017 genannt. Aber auch dieser Termin gilt nicht als gesichert.

Damit reiht sich die Staatsoper in die Reihe der berüchtigten Berliner Baudesaster ein. Gründe: Exzellenz-Hascherei und fehlendes Augenmaß. Das Bedarfskonzept für die Sanierung wurde nicht ausreichend auf Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit geprüft, Planungs- und Sa-

nierungszeiten wurden drastisch verkürzt, Kosten wissentlich zu niedrig angesetzt. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur umfassenden Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen der Sanierung der Staatsoper ist angesichts dieser Situation dringend erforderlich.

„Wünsch-dir-was“ ohne „Geht-denn-das?“ können wir uns nicht länger leisten. Vision und Verantwortung gehören zusammen. Die Verantwortung wollen wir mit dem Untersuchungsausschuss wieder stärker in den Vordergrund rücken und aufzeigen, wo es an welchen Stellen zu welchem Zeitpunkt gehapert hat. Nur so können Projekte künftig nachhaltig besser organisiert und damit hausgemachte Probleme vermieden werden.

Künftig müssen wir besser, länger und sorgfältiger planen, anstatt am Ende draufzuzahlen.



Noch wird gebaut in der Staatsoper – aber es wird teuer.
Foto: SenStadtUm Berlin / Christian von Steffelin

Denn auch das führt letztlich zum Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in Politik. Sicherlich, das erfordert viel Mut – insbesondere sich selbst und seinen Plänen gegenüber. Denn wenn die tatsächlichen Kosten für ein Vorhaben auf dem Tisch sind, kann das auch das Aus für dieses Projekt bedeuten.

SABINE BANGERT
MDA, SPRECHERIN FÜR KULTURPOLITIK

Phil Hill

Am 22. 12. 2014 ist unser langjähriges Mitglied Phil Hill an den Folgen eines Herzinfarkts verstorben. In seinen drei Jahrzehnten in der Partei hat er sich auf allen Ebenen intensiv eingebracht – im Wahlkampf war er immer dabei, im Prenzlauer Berg (später Pankow) hat er den Kreisverband von Anfang an mit aufgebaut und in der LAG und BAG Frieden & Internationales hat er sich von ganzem Herzen und mit seinem einmalig breiten und detaillierten Wissen für Frieden und Menschenrechte eingesetzt. Er selbst war vieles, was gute Friedenspolitik ausmacht – streitbar und warmherzig, prinzipientreu und undogmatisch, ambitioniert und bescheiden. Visionen und Fakten, Gerechtigkeit und Kompromisse, Authentizität und Strategie waren für ihn keine Gegensätze, sondern notwendige Zutaten

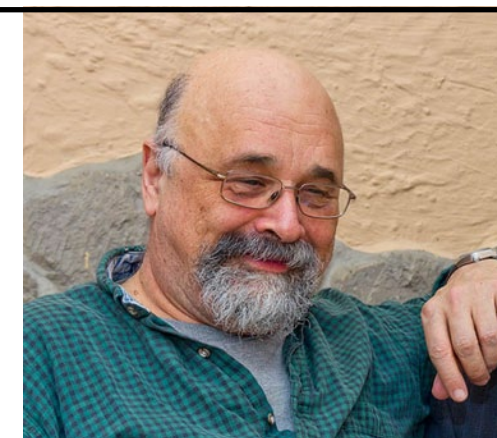


Foto: Karen Axelrad

für die bessere, die friedlichere Welt, die er mitgestalten wollte. Europa stand für ihn für das uneingelöste Versprechen, gemeinsam den Krieg zu überwinden. Phil, Du hattest noch so viel vor, in Deinem Leben und in unserer Partei. Du wirst uns fehlen.

FELIX PAHL

STEFANIE REMMLINGER
MDA, SPRECHERIN FÜR BILDUNGSPOLITIK

Lokale AnsprechpartnerInnen

Reinickendorf
Brunowstr. 49, 13507 Berlin
Tel.: 80926899 – Fax: 902942191
kreisverband@gruene-reinickendorf.de
www.gruene-reinickendorf.de

Pankow
Pappelallee 82, 10437 Berlin
Tel.: 50180339
buero@gruene-pankow.de
www.gruene-pankow.de

Landesgeschäftsstelle
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: 615005-0 – Fax: 615005-99
Mo-Do 10:00-17:00, Fr 10:00-14:00
info@gruene-berlin.de
www.gruene-berlin.de.de

Mitte
Malplaquetstr. 7, 13347 Berlin
Tel.: 54468299
mitte@gruene-berlin.de
www.gruene-mitte.de

Lichtenberg
Rudolf-Reusch-Str. 16, 10367 Berlin
Tel.: 32534239 – Fax: 40036820
buero@gruene-lichtenberg.de
www.gruene-lichtenberg.de

Spandau
Jagowstr. 15, 13585 Berlin
Tel.: 3359714 – Fax: 3360273
alspandau@freenet.de
www.alspandau.de

Marzahn-Hellersdorf
Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin
Tel.: 5414019 – Fax: 70248895
info@gruenemarzahnellersdorf.de
www.gruenemarzahnellersdorf.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Wilmersdorfer Str. 60/61
10627 Berlin
Tel.: 86423300 – Fax: 31808128
kv@gruene-cw.de
www.gruene-cw.de

Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdener Str. 10, 10999 Berlin
Tel.: 6143146 – Fax: 6143142
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Steglitz-Zehlendorf
Berliner Str. 57, 14169 Berlin
Tel.: 85074153 – Fax: 85074154
kreisverband@gruene-suedwest.de
www.gruene-suedwest.de

Tempelhof-Schöneberg
Fritz-Reuter-Str. 1
10827 Berlin
Tel.: 53604146
kiezbuero@gruene-ts.de
www.gruene-ts.de

Neukölln
Berthelsdorfer Str. 9, 12043 Berlin
Tel.: 67120812 – Fax: 67120811
info@gruene-neukoelln.de
www.gruene-neukoelln.de

Treptow-Köpenick
Schnellerstr. 23, 12439 Berlin
Tel.: 65494230
treptow-koepenick@gruene-berlin.de
www.gruene-treptow-koepenick.de

Nicht schön, aber nützlich

Grünes Glossar

IMPRESSUM
1/2015, 37. Jg. Nr. 192
Herausgeber
Bündnis 90/Die Grünen Berlin
Redaktionsanschrift
Tel: + 49 30 61 5005-0 (LGS),
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Erscheinungsdatum 13. März 2015
Auflage 5000
Redaktion
Annette Heppel, Annemarie
Klimke, Detlef Fritz (-tz, df),
Matthias Tang (V.i.S.d.P.)
Layout
Kalle Erlacher
Titelfoto
Stephane Bidouze /shutterstock.com
Druck
Oktoberdruck (100 % Recyclingpapier)
Redaktionsschluss 17. Februar 2015
Leserbriefe bitte per Email senden an:
stachlige-argumente@gruene-berlin.de
Die einzelnen Beiträge der AutorInnen
geben die Meinung der jeweiligen Ver-
fasserInnen wieder und nicht notwen-
digerweise die der Redaktion.

AG Arbeitsgemeinschaft
AH Abgeordnetenhaus,
Niederkirchner Str. 5
10111 Berlin
BAG Bundesarbeits-
gemeinschaft
BDK Bundesdelegier-
tenkonferenz
(Bundesparteitag)
BFR Bundesfinanzrat:
Gremium der
Landesschatzmeister
BGS Bundesgeschäfts-
stelle (Sitz in Berlin)

BI Bürger*innen-
initiative
BTW Bundestagswahl
BuVo Bundesvorstand
FR Finanzrat
GJ Grüne Jugend
HBS Heinrich-Böll-
Stiftung
KGS Kreisgeschäftsstelle
KV Kreisverband
LA Landesausschuss

LAG Landesarbeits-
gemeinschaft
LaVo Landesvorstand
LDK Landesdelegierten-
konferenz
(Landesparteitag)
LFR Landesfinanzrat:
Gremium der
Kreisschatzmeister
LGS Landesgeschäfts-
stelle
LR Länderrat:
kleiner Parteitag
auf Bundesebene

LV Landesverband
MdA Mitglied des Abge-
ordnetenhauses
MdB Mitglied des
Bundestages
MdEP Mitglied des
Europaparlaments
MdL Mitglied des Land-
tags (Flächenland)
MV Mitglieder-
versammlung
OV Ortsverband

Inhaltliche AnsprechpartnerInnen

Bildung
14tägig mittwochs um 19:30 im AH
Stefanie Remlinger, Torsten Wischniewski
stefanie.remlinger@gruene-fraktion-berlin.de
torsten.wischniewski@gruene-pankow.de

Bio- und Gentechnik
jeden 2. Montag im Monat um 19:30 im
Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Eric Meyer
eric_meyer_m.sc@hotmail.de

Bündnisgrüne ChristInnen
jeden 3. Donnerstag im Monat um
19:15, Kreisgeschäftsstelle Pankow,
Pappelallee 82 oder im AH
Alexander Barthel
lag.christinnen@gruene-berlin.de

Demokratische Rechte
14tägig montags um 19:30 im AH
Axel Bussmer
demrecht@gruene-berlin.de

Drogenpolitik
jeden dritten Mittwoch im Monat 20 Uhr
im Grünen Igel-Büro, Dresdener Str. 10
Silke Kolwitz, Tibor Harrach
lag.drogenpolitik@gruene-berlin.de

Energie Brandenburg Berlin
jeden 4. Mittwoch im Monat um 18:30,
Ort bitte erfragen
Marion Hasper
marion.hasper@gruene-berlin.de

Europa Berlin Brandenburg
14tägig montags um 19:00 im AH
Sibylle Steffan, Jakob Höber
lag-europa@gruene-berlin.de

Frauen- & Geschlechterpolitik
jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:00, LGS
Friederike Schwebler, Stefanie Klank
lag.frauen@gruene-berlin.de

Frieden & Internationales
monatlich montags, 19:00, LGS
Andreas von Brandt, Julian Kuttig
julian.kuttig@gmail.com

Gesundheit & Soziales
Termine bitte erfragen, jeweils von
19:00 bis 21:00 im AH
Wolfgang Schmidt
wolfgang.schmidt@gruene-berlin.de

Kultur
jeden 3. Mittwoch im Monat und in
unregelmäßigen Abständen „Kultur on
Tour“, Ort und Zeit bitte erfragen.
Antonia Simon, Friederike Landau
friederike_landau@web.de
antoniasimon@gmx.de

Medien
einmal im Monat montags um 19:30
im AH, Termin bitte erfragen
Uta Belkuis, Matthias Tang
uta.belkuis@gruene-berlin.de
matthias.tang@gruene-berlin.de

Migration
jeden letzten Mittwoch im Monat im AH
Filiz Keküllüoğlu, Timon Perabo, Melanie
Zagreen, Rohat Geran
migration@gruene-berlin.de

Mobilität
jeden 1. Mittwoch im Monat, Ort und
Termin bitte erfragen
Theresa Theune, Martin Kasztantowicz
lag.mobilitaet@gruene-berlin.de

Netzpolitik
1. oder 2. Donnerstag im Monat,
Ort und Termin siehe Webseite
Nina Keim, Tobias Schwarz
netzpolitik@gruene-berlin.de

**Planen, Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung**
i.d. Regel am letzten Freitag im Monat
um 18:00 im AH
Julia Gerometta, Martin Reents
lag-bauen@gruene-berlin.de

QueerGrün
jeden letzten Mittwoch im Monat um
19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Maria Meisterernst, Ulli Reichardt
queer@gruene-berlin.de

Säkulare Grüne
jeden ersten Mittwoch im Monat um
19:00 im Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg, Fritz-Reuter-Str. 1
Jürgen Roth, Gudrun Pannier
juergenroth@t-online.de
g. pannier@pannier-schulungen.de

Umwelt
jeden 3. Montag im Monat, 19:00 im AH
Marion Hasper, Sibylle Centgraf
marion.hasper@gruene-berlin.de
sibylle.centgraf@gruene-berlin.de

Wirtschaft & Finanzen
14tägig donnerstags, 19:00 in der
Bundesgeschäftsstelle, Am Neuen Tor 1
Wolfgang Remmers, Eleonore Bausch
lag-wirtschaft@gruene-berlin.de

Wissenschaft
jeden 1. Mittwoch im Monat, 18:30 im AH
Eva Marie Plonske, Michael Greiner
eva.plonske@gruene-berlin.de
michael.greiner@gruene-berlin.de

Grüne Jugend Berlin
jeden Montag ab 19:00 in der
Dirschauer Str. 13 in Friedrichshain
Charlotte Obermeier, Christoph Husemann
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gj-berlin.de

AG Aktiv gegen Rechts
jeden 3. Mittwoch im Monat, 19:30, Ort
bitte erfragen
Carola Scheibe-Köster, Daniel Gollasch
carola.scheibe-koester@gruene-neukoelln.de
daniel.gollasch@gruene-berlin.de

GewerkschaftsGrün
jeden 2. Donnerstag im Monat, 19:00
Geschäftsstelle von Bündnis 90/Die
Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Str. 9
Angelika Höhne
info@gewerkschaftsgruen-berlin.de

AK Grundsicherung/Grundeinkommen
jeden 3. Mittwoch im Monat
um 19:00 im AH
Joachim Behncke
ak-grundsicherung@gruene-berlin.de

AG Tierschutzpolitik
alle 2 Monate am letzten Mittwoch im
Monat um 19:00 im AH
Christina Söhner
christina.soehner@gmx.de

AG Verbraucherschutz
Ort und Zeit bitte erfragen
Turgut Altug
turgut.altug@gruene-fraktion-berlin.de

Termine

18.03. – 19:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle
**LAG Frauen- und
Geschlechterpolitik**

18.03. – 19:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
LAG Kultur

18.03. – 20:00 Uhr
Igelbau
LAG Drogenpolitik

21.03.
Jerusalemkirche
**Landesdelegierten-
konferenz (LDK)**

25.03. – 19:00 Uhr
Kiezbüro Tempelhof-
Schöneberg
QueerGrün

26.03. – 19:00 Uhr
Café Seeblick
**Monthly Fish Bowl in
Prenzlauer Berg Süd**

08.04. – 18:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
**Sitzung der LAG
Wissenschaft**

15.04. – 19:30 Uhr
Bundesgeschäftsstelle
Landesausschuss

17.04. – 18:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle
Landesparteirat (LPR)

24.04. – 19:30 Uhr
Abgeordnetenhaus Berlin
LAG Kultur

18.05. – 19:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle
Landesparteirat (LPR)

10.06. – 19:30 Uhr
Bundesgeschäftsstelle
Landesausschuss

03.07. – 18:00 Uhr
Landesgeschäftsstelle
Landesparteirat (LPR)

